

Rezensionen

Revolution und Niederlage 1918/19

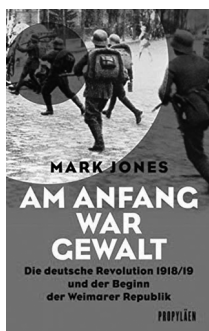


Robert Gerwarth

Die Besiegten.

Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs

München: Siedler, 2017, 478 S., € 29,99



Mark Jones

Am Anfang war Gewalt.

Die deutsche Revolution 1918/19 und

der Beginn der Weimarer Republik

Berlin: Propyläen, 2017, 432 S., € 26,–



Gerd Krumeich

Die unbewältigte Niederlage.

Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik

Freiburg: Herder, 2018, 336 S., € 25,–

Mit dem Übergang der gleitenden Hundertjahrfeier über das Ende des Ersten Weltkrieges an der Westfront hinaus verschiebt sich das Interesse der historischen Forschung. Standen seit 2014 vornehmlich Ursachen und Wirkungen des Krieges im Zentrum des Interesses, richtet sich die Aufmerksamkeit nun auf die revolutionäre Nachkriegskrise und das Trauma der Niederlage in den besiegten Ländern.

In seinem glänzend geschriebenen Buch nimmt Robert Gerwarth die Verlierer in den Blick: die multinationalen Imperien des Deutschen Reiches, Russlands, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches sowie ihrer Nachfolgestaaten. Gerwarth wendet sich gegen die Brutalisierungsthese von George L. Mosse und argumentiert, dass der entscheidende Impuls für die Proliferation der Gewalt im Nachkriegseuropa nicht von der angeblichen Verrohung der Frontsoldaten ausgegangen ist, sondern von den ethno-politischen

Feindmarkierungen und tektonischen Verschiebungen, die im Gefolge der Neuordnung Ostmitteleuropas von 1917 bis 1923 stattfanden. Dabei gerät zunächst die Dialektik von Revolution und Konterrevolution in den Blick, ob in den gewaltsamen Expeditionen der deutschen Freikorps in das Baltikum oder in den auf die Machtergreifung der Bolschewiki folgenden russischen Bürgerkriegen. Gerwarth benutzt diesen Begriff im Plural, da es nicht nur um den Kampf der Weißen gegen die Roten ging, sondern auch um die Interventionen ausländischer Mächte wie etwa im Nordkaukasus, wo die deutsche Regierung 1918 die Bildung einer von den Donkosaken kontrollierten Zone unterstützte. Regionale Aufstände der Bauern gegen die Beschlagnahme von Lebensmitteln überlagerten diese Konfliktlinien.

An vielen Orten war die jüdische Minderheit das erste Opfer der gewaltsamen Konflikte um Souveränität und Selbstbestimmung, so etwa in Lemberg, das nach dem Abzug der habsburgischen Truppen sowohl polnische als auch ukrainische Nationalisten für sich beanspruchten. Als die polnischen Truppen die Stadt im November 1918 besetzten, ermordeten sie in einem drei Tage dauernden Massaker 73 jüdische Männer und verletzten Hunderte weitere. In einem zweiten Schritt untersucht Gerwarth die zahlreichen gewaltsamen Konflikte, die sich aus der Neuordnung der Landmasse des Habsburger- und Osmanischen Reiches nach den fiktiven Prinzipien nationaler Homogenität ergaben. Besonders eindringlich ist hier seine Darstellung des türkisch-griechischen Krieges von 1919 bis 1922 und dessen »Lösung« durch die Zwangsumsiedlung der jeweiligen Minderheiten.

Gerwarths Buch besticht durch den breiten, souverän vergleichenden Zugriff, mit dem er die Brisanz und Tiefe der revolutionären Nachkriegskrise in Ostmitteleuropa herausarbeitet. Eine wirkliche Analyse der jeweils spezifischen Ursachen und Konfigurationen der Gewalt gelingt ihm dagegen nicht. Hier begnügt er sich in der Regel mit Metaphern wie jener vom »Teufelskreis der Gewalt, aus dem es kein Entrinnen gab« (S. 117).

Gerade eine solche umfassend kontextualisierte, mit den Mitteln der Mikrohistorie die Dynamik von Gewaltverläufen rekonstruierende Analyse ist eine der vielen Stärken des Buches von Mark Jones. Es basiert auf der entsagungsvollen Quellenarbeit in zahlreichen staatlichen und lokalen Archiven und einer umfassenden Heranziehung der Tagespresse als einer weiteren wichtigen Quellengattung. Jones widmet sich einem grundlegenden Paradox der deutschen Revolution 1918/19: Wie er im ersten Kapitel am Beispiel Kiels zeigen kann, begann sie als eine friedliche Umwälzung, bei der die vollziehende Gewalt praktisch ohne Blutvergießen und beinahe ohne Friktionen in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte überging. Doch beginnend mit dem Blutbad an der Berliner Chausseestraße am 6. Dezember, bei dem Soldaten erstmals auf deutschem Territorium mit Maschinengewehren in eine Menschenmenge feuerten und dabei mindestens 16 unbeteiligte Zivilisten töteten, begann eine Eskalation der Gewalt.

Mit 1200 Toten in Berlin allein im März 1919 markiert sie den absoluten Höhepunkt der Gewalt in der Weimarer Republik, der auch in den Straßenschlachten während der Wahlkämpfe im Krisenjahr 1932 nicht annähernd wieder erreicht wurde. Wie kam es dazu?

Die Antwort von Jones besteht in einer Serie von anschaulich geschriebenen Kapiteln, die den Leser in die entscheidenden Episoden der gegenrevolutionären Gewalt in Berlin führen und die Perzeptionen und Emotionen der Beteiligten rekonstruieren: von den Weihnachtskämpfen in Berlin zum Januaraufstand und der anschließenden Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis hin zur Niederschlagung des Generalstreiks der Berliner Arbeiter im März 1919 und dem berüchtigten Schießbefehl Gustav Noskes. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt praktisch gänzlich auf Berlin. Zwei kurze Kapitel zu den Gräueltaten im Zuge der Niederschlagung der Münchener Räterepublik, den sogenannten Geiselmorden bzw. den Gesellenmorden, fügen dem bisherigen Forschungsstand zu diesen Gewaltkomplexen nur wenig hinzu.

Jones liefert eine doppelte Antwort auf die von ihm gestellte Leitfrage: Zum einen betont er, dass Gerüchte und »politisch geschürte Ängste« (S. 337) vor einem möglichen roten Terror die Anwendung massiver Gewalt gegen die radikale Linke ermöglichten bzw. ihre Akzeptanz in der Bevölkerung erleichterten. Zum anderen stellt er heraus, dass die sozialdemokratisch geführte Revolutionsregierung – und eben nicht nur der selbsternannte »Bluthund« Noske – seit den Weihnachtskämpfen Gewalt ganz gezielt als »Kommunikationsmittel« einsetzte (S. 336), mit dem sie ihre unbedingte Bereitschaft zur Herstellung staatlicher Ordnung und zur Eindämmung linksgerichteter Aufstandsversuche vermittelte. Dieses seit Erscheinen des Buches kontrovers diskutierte Argument ist weitaus überzeugender als die großflächig angelegten Kontinuitätsthese, die Jones daraus ableitet: Noskes Schießbefehl vom 9. März 1919 war gewiss kein »entscheidender Schritt auf dem Weg zu den Schrecken des Dritten Reiches« (S. 254), da die hier vergebene Lizenz zur Gewalteskalation nach dem Abflauen der linkradikalen Bedrohung wieder zurückgenommen wurde. Und insgesamt überschätzt Jones die fundamentale Rolle der antirevolutionären Staatsgewalt 1918/19 für die weitere Geschichte der Republik, die im englischen Originaltitel seines Buches, *Founding Weimar*, deutlich zum Ausdruck kommt. Denn Weimar wurde eben nicht nur in Berlin oder München gegründet, wo es besonders blutig zugeht, sondern auch in den Hauptstädten der 20 anderen Territorien des Kaiserreichs, in denen die dortigen Herrscher gestürzt wurden, und in der Tiefe der provinziellen Klein- und Mittelstädte.

Großflächige, aber empirisch nicht hinreichend belegte Thesen stehen im Zentrum des Buches von Gerd Krumeich über die »unbewältigte Niederlage«. Demnach stand die deutsche Gesellschaft nach 1918 »unter dem Schock der Niederlage«, und es war das Versagen der republikanischen Kräfte, die diesem »Kriegstrauma«

keinen »positiven Zukunftsentwurf« entgegenzusetzen vermochten, was zur Perpetuierung dieses Traumas und damit letztlich zum Untergang der Republik maßgeblich beitrug (S. 256). Der hochgradig kontrafaktische Charakter dieses Arguments springt ins Auge: Nicht etwa die anti-republikanische nationalistische Rechte, die mit der Dolchstoßlegende und anderen Mythen operierte, sondern die gemäßigte Linke, die diesen Mythen ihr eigenes republikanisches Narrativ entgegensetzte, soll zur angeblichen »emotionale[n] Omnipräsenz« (S. 267) der Niederlage beigetragen haben?

Solche Verdrehung der Tatsachen gelingt Krumeich nur durch unbelegte Behauptungen wie etwa die, ein studentischer Feldpostbrief aus der Sammlung von Philipp Witkop zeige das »Entsetzen über die in dieser Form nicht erwartete Niederlage« exemplarisch für »tausendfach« überlieferte andere Soldatenbriefe (S. 129). Vergeblich sucht man hier eine Fußnote, die diese kühne These belegen könnte. Vergeblich sucht man einen Hinweis auf den Bericht der Feldpostprüfstelle der 6. Armee vom 4. September 1918, der auf der Basis von 53.000 geprüften Briefsendungen festhielt, dass viele Soldaten dem »Vaterland offen den Tod wünschen« und äußerten, nur »durch eine Niederlage hätten wir den ersehnten Frieden!« (zitiert in der Krumeich gewiss nicht unbekannten Quellensammlung *Frontalltag im Ersten Weltkrieg*¹).

Die höchst selektive und deren Thesen teilweise in das Gegenteil verkehrende Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur ist ein anderes Kennzeichen der Darstellung von Krumeich (z.B. S. 252 ff.). Hinzu kommt die oberflächliche Auseinandersetzung mit den Quellen, so etwa in der These, ein einfacher »Blick« in Ernst Friedrichs Skandalbuch *Krieg dem Kriege* von 1924 genüge, um zu erkennen, wie sehr auch die »einfachen Soldaten« die dort gezeigten Photos aus dem Krieg als eine Anklage gegen ihre Kriegsteilnahme verstehen mussten (S. 243). Diese Behauptung übersieht nicht nur, dass Photographien der durch Geschosse zerstörten Gesichter von Soldaten bereits während des Krieges publiziert wurden², sondern ersetzt die notwendige Rekonstruktion der Ikonographie des Krieges in der Weimarer Republik, zu der etwa Dora Apel wichtige Beiträge vorgelegt hat, mit einem methodisch nicht kontrollierten »Blick«. Diese wenigen, für den Duktus des Buches allerdings typischen Beispiele müssen hier als Beleg dafür genügen, dass die Argumentationsführung von Krumeich sich nicht immer auf der Höhe des gegenwärtigen Forschungsstandes bewegt.

Benjamin Ziemann
Sheffield

1 Bernd Ulrich, Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein historisches Lesebuch*, Essen 2008, S. 142.

2 Ebd., S. 66.

Der NS-Staat im Überblick



Jörg Echternkamp

Das Dritte Reich.

Diktatur, Volksgemeinschaft, Krieg

Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg, 2018,
335 S., € 24,95

Die Geschichte des »Dritten Reiches« auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes zu schreiben ist schon vor 30 Jahren eine kaum zu bewältigende Aufgabe gewesen. Umso mehr gilt das 2018, nachdem seither eine Vielzahl von Arbeiten auf zum Teil neuer Quellengrundlage (ost-europäische Archive, Unternehmensarchive) und Fragestellungen erschienen sind. Im Rahmen der bewährten Reihe »Oldenbourg Grundriss der Geschichte« hat nun Jörg Echternkamp eine Darstellung vorgelegt, die die eingeführte Arbeit von Klaus Hildebrand ablöst.

Der Band folgt zwar dem bekannten Gliederungsschema von Darstellung, Forschungsüberblick und Bibliographie, fällt aber deutlich knapper aus als der Vorgängerband (335 gegenüber 474 Seiten bei Hildebrand) und setzt auch inhaltlich andere Schwerpunkte. Echternkamp orientiert sich, wie schon der Untertitel andeutet, zum einen an neueren Ansätzen zur Analyse der Funktionsbedingungen diktatorischer Herrschaft, ferner an der jüngeren Diskussion des »Volksgemeinschaftskonzepts« als einem heuristischen Instrument sowie schließlich an der in den letzten Jahrzehnten deutlich intensivierten Forschung zum Zweiten Weltkrieg. Ebenfalls anders als beim Vorgängerband bekommt der Holocaust den ihm in der neueren Forschung entsprechenden Platz mit eigenen Kapiteln sowohl im Darstellungs- wie auch im Forschungsteil. Angesichts der ausdifferenzierten Forschungslage ist es klar, dass von keiner Synthese mehr verlangt werden kann, diese Forschung gleichsam maßstabsgerecht verkleinert abzubilden, schon gar nicht in einem nur 134 Seiten umfassenden Darstellungsteil. Diesem Problem versucht der Autor dadurch zumindest ein wenig zu begegnen, dass er einige Aspekte in den Forschungsüberblick auslagert und dort vertiefend behandelt.

Für eine einführende Darstellung eines renommierten Verlags irritiert die nicht geringe Anzahl von Fehlern und schiefen Formulierungen: Der Vorname »Ernst« scheint besondere Schwierigkeiten zu bereiten: »Enrst« Hanfstaengel (S. 7) und »Erich« Röhm (S. 23; im Personenregister wird er richtig genannt) fallen auf. Der Höhere SS- und Polizeiführer von dem Bach-Zelewski heißt hier »Zalewski« (S. 103); der »Reichsbrandprozess« (S. 14) meint sicher den »Reichstagsbrandprozess«. Das Reichserbhofgesetz wird auf 1939

statt auf 1933 datiert (S. 57) – dies wäre bei der Aufnahme einer Zeittafel, welche leider fehlt, vielleicht aufgefallen. Hinzu kommt eine Reihe von Tippfehlern, die manchmal auf die Verwendung eines Diktierprogramms schließen lassen, wie bei »zulässt« (S. 154) anstatt des wohl gemeinten »zuletzt«. Unklar ist, welche antijüdische Gesetzgebung vom Februar 1934 der Autor meint, wenn er die Forderung nach Anwendung des »Arierparagraphen« durch die Reichswehrführung erwähnt (S. 39) – dieser »Arierparagraph« wiederum wird auf den 7. März 1933 datiert, während der Autor hier wahrscheinlich das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 im Sinn hatte. All dies sind ärgerliche und unnötige Fehler, die von der Darstellung ablenken.

Die Schilderung der wesentlichen Schritte zur Etablierung der NS-Diktatur und auch die Darstellung als Ganze ist nämlich durchaus gelungen, auch die durchdachte Verwendung des Konzepts der »Volksgemeinschaft« überzeugt. Die enge Verklammerung von »Inklusion« und »Exklusion« findet sowohl im Darstellungsteil als auch im Forschungsüberblick angemessene Berücksichtigung; der Autor ist sich der kritischen Einwände gegenüber der wissenschaftlichen Verwendung dieses Propagandabegriffs bewusst. Auch die Verbrechen von SS, Wehrmacht und anderen Institutionen, insbesondere der Völkermord an den europäischen Juden, finden die ausführliche Analyse, die dem Forschungsgeschehen entspricht. Zu den besonders dynamischen Forschungsfeldern der letzten 25 Jahre gehört auch die Unternehmensgeschichte gerade zur NS-Zeit, sodass es aus dieser Perspektive wünschenswert gewesen wäre, wenn sie auch im Darstellungsteil systematischere Berücksichtigung gefunden hätte.

Im Forschungsteil werden einige neuere Studien erwähnt, allerdings fehlen auch wichtige Arbeiten. Überhaupt gehören die Abschnitte zur Wirtschafts- und Finanzgeschichte zu den schwächeren Passagen des Buches. Sehr gut gelungen hingegen sind all jene Teile, die sich mit der Gesellschaftsgeschichte, zumal während des Weltkriegs, befassen. So bleibt insgesamt ein durchwachsender, aber überwiegend positiver Eindruck zurück: Wichtige Themen der neueren Forschung zur NS-Geschichte werden souverän berücksichtigt und führen zu einer gut lesbaren Gesamtdarstellung, die schon aus Platzgründen Schwerpunktsetzungen vornehmen musste. Wünschenswert wäre für künftige Auflagen neben der Beseitigung der Sachfehler noch die Aufnahme der juristischen Bearbeitung der NS-Verbrechen, da sich die Forschung in den letzten Jahren auch hier deutlich weiterentwickelt hat.

Michael C. Schneider

Düsseldorf

Vergessene NS-Opfer



Julia Hörath

»Asoziale« und »Berufsverbrecher« in den Konzentrationslagern 1933 bis 1938

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017, 387 S., € 65,–

Bis 1943 wurden weit mehr als 70.000 »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in Kon-

zentrationen inhaftiert. Julia Hörath erinnert mit ihrer an der Freien Universität Berlin vorgelegten Dissertation an die Verfolgung dieser »vergessenen Opfer«: soziale Randgruppen und mehrfach Vorbestrafte. Ihre Studie knüpft an die Werke von Wolfgang Ayaß und Karl-Leo Terhorst an,¹ richtet den Blick aber explizit auf die KZ-Einweisung der »Asozialen« und »Berufsverbrecher«. Während Annette Eberle die Opferperspektive in ihre historische Darstellung über die Dachauer Haft dieser Gruppen integriert², wählt Hörath einen politikwissenschaftlichen Ansatz: Sie fragt nach den Voraussetzungen der Haft, betrachtet die Akteure und analysiert anhand der Doppelstaats-Theorie Ernst Fraenkels den Verfolgungsapparat. Die Autorin stützt sich auf Akten von Ministerien, Justiz, Polizei, Verwaltung, Fürsorge und wertet Quellensammlungen der KZ-Gedenkstätten Dachau und Moringen aus.

Ihre schlüssige Darstellung setzt bei Kaiserreich und Weimarer Republik ein. Hörath spricht von der »Phase des konzeptionellen Experimentierens« (S. 35): Juristen wie der Münchner Kriminologe Robert Heindl popularisierten deterministische Täterbilder von »Berufsverbrechern«³ und folgerten, nicht ihr Handeln solle ausschlaggebend für *anschließende* Strafen sein, sondern ihre angeblich verbrecherische Persönlichkeit, die es rechtfertige, potenzielle Täter *vorbeugend* festzunehmen. Noch vor 1933 flossen diese Ansichten in Pläne für eine (nie realisierte) Strafrechtsreform ein. Konkrete Maßnahmen richteten sich gegen Obdachlose und Bettler.

Im NS-Staat griffen lokale und regionale Akteure die kriminalpräventiven und sozialrassistischen Ideen auf. Die Periode

1933–1937/38 nennt Hörath »Phase des praktischen Experimentierens« (S. 15): Die NS-Regierung initiierte eine reichsweite »Bettlerrazzia«. Landesregierungen nutzten die neuen Machtmittel und setzten Polizeidirektionen, Bezirks- und Landratsämter, Regierungspräsidenten und Landeskriminalpolizeistellen darauf an, gegen soziale Randgruppen und Mehrfachstraftäter vorzugehen. Die Methoden variierten: Der preußische »Vorbeugungshafterlass« diente dazu, »Berufsverbrecher« in KZ-Haft zu nehmen; Bayern berief sich auf § 20 der Reichsverfassung, um Fürsorgeempfänger ins KZ Dachau zu bringen; die Politische Polizei in Bayern und Hamburg begründete die Festnahme von »Asozialen« und »Berufsverbrechern« mit dem »Schutzhafterlass«, der sich eigentlich vor allem gegen Linke und andere politische Gegner richtete.

Hörath belegt, dass Akteure wie der Direktor des Frauen-Konzentrationslagers Moringen, Hugo Krack, früh eine »Lösung des asozialen Problems« (S. 215), eine Systematisierung der Verfolgung anstrebten. Aber die KZ-Haft von »Asozialen« und »Berufsverbrechern« lässt sich in dieser Phase noch nicht auf eine »zentral gesteuerte rassische Generalprävention« zurückführen, die breite Verfolgung ging vielmehr aus der Summe regional begrenzter »Spezialpräventionen« (S. 324) hervor. Diese zeichneten den Weg vor, der nach Gründung des Reichskriminalpolizeiamtes 1936 und den Massenverhaftungen 1937/38 in die Phase der »Zentralisierung, Systematisierung und quantitativen Ausweitung sozialrassistischer und kriminalpräventiver Verfolgung« (S. 283) mündete.

Höraths Studie wurde zu Recht mit dem Herbert-Steiner-Preis ausgezeichnet. Der Buchtitel mag leicht täuschen, da es weniger um die Haftbedingungen in den Lagern als um die Voraussetzungen für die Inhaftierung der »Asozialen« und »Berufsverbrecher« geht. Aber überzeugend führt Hörath vor Augen, auf welch vielfältige Weise lokale und regionale Akteure den Verfolgungsapparat trugen. Die Politologin und Historikerin, die am Hamburger Institut für Sozialforschung forscht, zeigt, dass »die sozialrassistische und kriminalpräventive Funktion der Konzentrationslager [...] bereits 1933/34 im *Nucleus* vorhanden« (S. 323) war, auch wenn sie erst später stufenweise erweitert wurde. Die Studie fügt sich hervorragend in die aktuelle Forschung ein.⁴ Zum kritischen Nachdenken regt die Lektüre mit Blick auf die heutige Praxis der Sicherungsverwahrung und die entwürdigende »Bewertung« sozialer Außenseiter nach »Kosten« und »Nutzen« an.

Dirk Riedel
München

1 Wolfgang Ayaß, *»Asozialer« im Nationalsozialismus*, Stuttgart 1995; Karl-Leo Terhorst, *Polizeiliche planmäßige Überwachung und polizeiliche Vorbeugungshaft im Dritten Reich*, Heidelberg 1985.

2 Annette Eberle, »»Asoziale« und »Berufsverbrecher«: Dachau als Ort der »Vorbeugungshaft«, in: Wolfgang Benz, Angelika Königseder (Hrsg.), *Das Konzentrationslager Dachau*, Berlin 2008, S. 253–268.

3 Robert Heindl, *Der Berufsverbrecher. Ein Beitrag zur Strafrechtsreform*, Berlin 1926.

4 Kim Wünschmann, Jörg Osterloh (Hrsg.), *»... der schrankenlosesten Willkür ausgeliefert«. Häftlinge der frühen Konzentrationslager 1933–1936/37*, Frankfurt am Main 2017.

Erinnerung an KZ-Häftlinge



**Thomas Rahe,
Jens-Christian Wagner (Hrsg.)**
*Menschen in Bergen-Belsen.
Biografische Skizzen zu Häftlingen des
Konzentrationslagers*
Göttingen: Wallstein Verlag, 2019, 271 S.,
€ 22,—

Der schmale graue Band mit 19 Kurzbiographien von Häftlingen des Konzentrationslagers Bergen-Belsen fällt nicht durch seine äußere Aufmachung ins Auge. Erst wenn man ihn zur Hand nimmt und zu lesen beginnt, wird deutlich, wie sorgfältig, ja liebevoll er editiert und gestaltet ist. Er zieht den Leser schnell in seinen Bann. Herausgeber sind Thomas Rahe, langjähriger wissenschaftlicher und stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, und Jens-Christian Wagner, seit 2014 Leiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, zuvor Leiter der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dora-Mittelbau. Zusammengestellt mit weiteren dreizehn Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Gedenkstätten und Kennern des Themas aus dem Umfeld der Gedenkstättenarbeit, präsentiert der Band ein Spektrum der Häftlingengesellschaft in Bergen-Belsen.

Eine kurze, aber präzise zusammengefasste Geschichte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen führt ein und erläutert die Besonderheiten dieses Lagers, das nur von Frühjahr 1943 bis Frühjahr 1945 bestand. Es wurde als ein sogenanntes Austauschlager für jüdische Häftlinge errichtet, die als Geiseln für einen eventuellen Austausch mit deutschen Gefangenen im Ausland zunächst unter weit besseren Bedingungen als die Gefangenen in anderen Konzentrationslagern lebten. Im Jahr 1944 bis zu seiner Befreiung im April 1945 entwickelte sich Bergen-Belsen jedoch zu einem Sterbelager für kranke und arbeitsunfähige Häftlinge und schließlich zu einem Ort des Massensterbens von zehntausenden Häftlingen aus den Lagern, die vor den alliierten Befreier geräumt wurden. Als britische Truppen am 15. April 1945 eintrafen, fanden sie schätzungsweise 10.000 unbestattete Leichen vor, weitere 14.000 Häftlinge starben noch in den darauffolgenden Tagen und Wochen an den Folgen ihrer Haft. Insgesamt kamen in Bergen-Belsen schätzungsweise 50.000 Menschen ums Leben. Die Einführung schließt mit einer kurzen Darstellung der verschiedenen Verfolgtengruppen, die in Bergen-Belsen inhaftiert waren, dann folgen die Biographien. Mindestens ein Vertreter jeder Verfolgtengruppe wird vorgestellt.

Da die SS in Bergen-Belsen vor der Befreiung nahezu alle schriftlichen Unterlagen vernichtet hatte, war es besonders schwierig,

verlässliche Quellen zu finden, mit denen die Zahlenangaben und Schicksale der Gefangenen ermittelt werden konnten. Erst mit der Errichtung der Gedenkstätte Bergen-Belsen (die 1989 einen kleinen, im Jahr 1966 geschaffenen Gedenkraum ersetzte) konnte ab 1987 weltweit mit systematischen Recherchen begonnen werden. Es wurden Verbindungen und teilweise enge und lange anhaltende Kontakte zu Überlebenden aus den Ländern, aus denen Gefangene in Bergen-Belsen inhaftiert gewesen waren, aufgebaut. Über etwa zwei Jahrzehnte hinweg konnten zusammen mit ehemaligen Häftlingen deren Lebensläufe und Verfolgungsschicksale rekonstruiert werden, die heute zu einem bedeutsamen Bestandteil des Gesamt-Narrativs Bergen-Belsens gehören. Der neue Band stellt eine Auswahl dieser geretteten Lebensgeschichten vor. Gleichzeitig ist er das Ergebnis der inzwischen geschaffenen Zusammenarbeit zwischen den KZ-Gedenkstätten und dem Austausch ihrer Archivbestände. Viele der Häftlinge waren in anderen Konzentrationslagern inhaftiert, bevor sie in den letzten Monaten vor der Befreiung nach Bergen-Belsen deportiert wurden, wo die Mehrzahl von ihnen zu Tode kam.

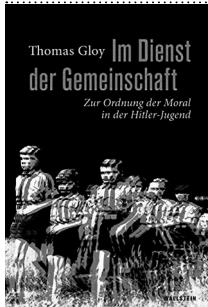
Bei den 19 ausgewählten Schicksalen konnten deshalb auch die Verfolgungsgeschichten vor der Verschleppung nach Bergen-Belsen einbezogen und exemplarisch die Vielfalt und Verschiedenheit der einzelnen Biographien aufgezeigt werden. Neben öffentlich bekannten Personen wie Anne Frank, Simone Veil und Heinz Galinski werden Lebensgeschichten von Widerstandskämpfern und Politikern unterschiedlicher Nationalität, zumeist jüdischer Herkunft, vorgestellt, aber auch die eines homosexuellen Mannes, einer Roma-Frau, einer Zwangsarbeiterin und eines Mannes, der als Krimineller verfolgt wurde, sind unter ihnen.

Acht der Gefangenen haben die Befreiung nicht erlebt, ihre Geschichte wurde aufgrund hinterlassener schriftlicher Zeugnisse und Berichte von Nachkommen rekonstruiert. Zwei waren, hochbetagt, bei Erscheinen des Buches noch am Leben. Die Mehrzahl von ihnen ist inzwischen gestorben. Sie konnten jedoch zusammen mit den Mitarbeitern der Gedenkstätte Bergen-Belsen noch persönlich über ihre Verfolgungsgeschichte berichten und diese als Teil des Erbes von Bergen-Belsen sichern.

Die Zeit der persönlichen Zeugnisse der Verfolgung und des Überlebens geht zu Ende. Die Texte und ausgewählten Dokumente verdeutlichen den begrenzten Zeitraum, in dem der Dialog zwischen ehemaligen Opfern und den Nachkommen der Tätergesellschaft, welche die Erinnerung an die Verbrechen für die Zukunft sichern wollen, möglich wurde. Darüber hinaus ist der Band ein Mahnmal auch für die vielen tausend unbekannten Toten, an die kein Grab, kein schriftliches oder mündliches Zeugnis mehr erinnert. Man wünscht ihm eine breite Leserschaft vor allem junger Menschen.

Barbara Distel
München

Moral ohne Menschlichkeit



Thomas Gloy

Im Dienst der Gemeinschaft.

Zur Ordnung der Moral in der Hitler-Jugend

Göttingen: Wallstein Verlag, 2018, 346 S.,
€ 26,90

Im Dienst der Gemeinschaft ist ein neuer
und wichtiger Beitrag zur Erforschung nati-

onalsozialistischer Moral. Ausgehend von einem eigenen, dezidiert soziologischen methodischen Ansatz, der vor allem an Überlegungen Michel Foucaults, Judith Butlers und Niklas Luhmanns anschließt, untersucht Thomas Gloy die 1935 bis 1939 unter dem Titel »Die Kameradschaft« erschienenen Schulungshefte der Hitler-Jugend (HJ) mit Blick auf die in ihnen enthaltenen moralischen Forderungen und Bewertungen. Die Interpretation wird durch eine kurze Darstellung von Geschichte und Aufbau der HJ und der Geschichte dieser Schulungspublikation kontextualisiert.

In seiner Deutung der »HJ-Moral« unterscheidet Gloy die Ebene der Formatierung der Gegenstände von der der Moralcodes im eigentlichen Sinne. Dadurch gelingt es ihm, die anthropologischen Annahmen, die im NS-Diskurs permanent wiederholt werden, in ihrer Funktionsweise im Ganzen des moralischen Diskurses zu erfassen. Zentral sind drei Hypothesen: erstens, dass der Kampf verschiedener Kollektive gegeneinander das Naturgesetz des Lebens ist, zweitens, dass Individuen nur in ihrem Kollektiv überleben können, und drittens, dass dieses sich auflöst, wenn es nicht im Kampf gegen andere durchgesetzt wird. Diese Annahmen werden diskursiv als unveränderlich gesetzt. Damit entziehen sie sich weiteren Bewertungen. Aus ihnen ergibt sich die Folgerung, dass die Gemeinschaft, ihre Einheit und rassische Reinheit zum obersten Bezugspunkt jeder Form von Verpflichtung und Verantwortung werden. So werden kollektive Feindschaften zum notwendigen Bestandteil des moralischen Diskurses. Vom »Überleben« des Kollektivs her werden auch Begriffe wie Ehre und Kameradschaft codiert (S. 243). Kollektive Ehre wird als »Wehrhaftigkeit« des deutschen Volkes näher bestimmt (S. 244), individuell ehrenhaft ist, wer »die Ehre des deutschen Namens« zum Maßstab seiner eigenen Ehre macht. Diese soldatische Ehre wird auf alle Tätigkeiten in der Gesellschaft erweitert. Das kommt insbesondere im Begriff »Arbeitsehre« zum Ausdruck.

Als Moralcodes im eigentlichen Sinne analysiert Gloy unter anderem die Maximen von Härte, Männlichkeit, Opferbereitschaft, Treue, Arbeit und Leistung, und den Stellenwert der Tat. Besonders erhellend ist die Darstellung der Bedeutung von Arbeit und Leistung

im moralischen Diskurs des Nationalsozialismus. Arbeit für die Gemeinschaft ist »als Höchstwert gesetzt«, während »Ausbeutung und Genuss moralisch codiert Missachtung bedingen« (S. 300). Dabei wird »von jedem erwartet, sein Bestes zu tun« (S. 301). Leistungsbereitschaft und Einsatz für das Kollektiv zeigen sich nicht zuletzt darin, dass die Arbeit »freudig« getan werden soll.

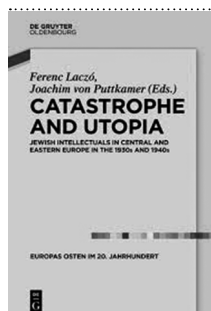
Thomas Gloy ist der erste Autor, der den Versuch unternimmt, NS-Normativität aus einer konsequent soziologischen Perspektive zu beschreiben. Er nimmt an, dass andere Autoren in ihre Beschreibung der NS-Moral ihre eigenen normativen Prinzipien einfließen lassen und damit den Gegenstand gleichsam verzerren. Gloy's soziologische Betrachtung verzichtet dagegen auf alle anthropologischen und normativen Vorannahmen. Sie stellt sich in die Tradition genealogischer Analysen von Moral, die sich als moralkritische im Anschluss an Nietzsche entwickelt hat und von Max Horkheimer und später von Foucault und Butler in einer linken, prinzipiell moralkritischen Perspektive aufgegriffen wurde. Mit Foucault klammert Gloy insbesondere den normativen Bezug auf die Kategorie Menschheit ein. Moral wird in dieser Weise ausschließlich als Erscheinungsform von Macht verstanden, NS-Moral als Produkt eines spezifischen »NS-Diskurses«, den Gloy, eingegrenzt auf seinen Untersuchungsgegenstand, »HJ-Diskurs« nennt. In diesem Diskurs werden »generalisierte Achtungsbedingungen« zur Geltung gebracht und Verhalten, Selbstverhältnis und Selbstverständnis von Individuen gleichsam erst erzeugt. Gloy spricht hier auch von »moralisierender Subjektivierung« (S.139). Damit formuliert er, wie »der Diskurs« das Selbstverständnis der ihm Unterworfenen bzw. der an ihm Teilhabenden nach seiner Auffassung prägte.

Mithilfe dieses Ansatzes gelingt es Gloy einerseits, eine konsistente und prägnante Darstellung nationalsozialistischer Moral zu entwerfen, die an vielen Einsichten reich ist. Dafür muss er auf der anderen Seite eine Reihe von Problemen einklammern, die für andere Autoren die entscheidende Herausforderung darstellten, so etwa die nach dem moralischen Relativismus oder die auf das moralische Bewusstsein der deutschen Gegenwart zielende Frage nach dem Fortwirken nationalsozialistischer Moral. Moral ist nicht nur dort wirksam, wo Menschen sich »der Macht« unterwerfen, sondern kann auch Gründe dafür geben, sich ihr zu widersetzen. Je mehr Gloy diese Ambivalenz des Moralischen auflöst, desto mehr gerät er in Gefahr, das Thema Moral strukturell analog wie diejenigen zu behandeln, die sich zur Verteidigung ihres Verhaltens im Nationalsozialismus nach dessen Niederschlagung auf den Topos vom »irrenden Gewissen«¹ berufen haben.

Werner Konitzer
Berlin

1 Vgl. Hans Welzel, *Vom irrenden Gewissen. Eine rechtsphilosophische Studie*, Tübingen 1949.

Jüdischer Geschichtsraum Osteuropa



Ferenc Laczó, Joachim von Puttkamer (Hrsg.)

Catastrophe and Utopia.

Jewish Intellectuals in Central and Eastern Europe in the 1930s and 1940s

Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg, 2018, 355 S., € 49,95

Der 1951 aus Polen emigrierte spätere Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz erklärte zu seiner 1959 vorgelegten Autobiographie *West und Östliches Gelände*, dass er das Buch verfasst habe, um dem westlichen Publikum näherzubringen, was es bedeutete, dem östlichen Europa zu entstammen, und »welche historischen Komplikationen« das Leben dort bestimmen. Er hatte im französischen Exil rasch erkannt, dass das Bild, das man sich im Westen von Osteuropa machte, rudimentär, einseitig und von Stereotypen geprägt war.

Dieser Mangel an Anerkennung des Geschichtsraums Zentral- und Osteuropa im 20. Jahrhundert wirkt in gewisser Weise bis heute fort. Insbesondere seiner geistigen und intellektuellen Traditionen wird selten gedacht, sondern der Raum zumeist als Epizentrum von Konflikt und Gewalt dargestellt. Gerade in Bezug auf jüdische Erfahrungsgeschichte der Region, die sich nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zum kulturellen und politischen Zentrum jüdischer Existenz entwickelte, das vielsprachliche und formgebende Geistes- und Kunstwelten hervorbrachte, bleibt der Blick, wenn es um die Zeit ab der anbrechenden nationalsozialistischen Herrschaft geht, naheliegenderweise häufig auf die materiellen Prozesse der Zerstörung und Vernichtung gerichtet, nicht aber auf das damit konfrontierte Geistesleben.

All das wird in dem von Ferenc Laczó und Joachim von Puttkamer zusammengestellten Sammelband nun nachgeholt. Natürlich können die Beiträge, die – dem Forschungsschwerpunkt Laczós entsprechend – einen besonderen Fokus auf Ungarn legen, nur beispielhaft sein. Dennoch scheint eindrucksvoll auf, mit wie vielen unterschiedlichen, nach innen in die jüdische Gemeinschaft und nach außen in ihre Umgebungsgesellschaften rückwirkenden intellektuellen und literarischen Welten wir es in der Zwischenkriegszeit zu tun haben. Gleichzeitig wird auch das Fortwirken und die Transformation von Denktraditionen, -konstellationen und -räumen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und bis zur Konsolidierung des sowjetischen Machtbereichs anhand von Beispielen bekannter, aber auch unbekannter jüdischer Überlebender gezeigt.

Die 1930er und 1940er Jahre stehen im Mittelpunkt des Bandes; jene Zeit, in der alle Gewissheiten zerbrochen oder bereits

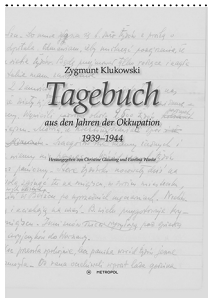
antizipierte Krisen sich in brutale Wirklichkeit verwandelten. Und damit auch die Zeit, in der jüdische Intellektuelle Mittel- und Osteuropas sich besonders aufgerufen fühlten, entweder die als Rettungsanker empfundenen Utopien von Sozialismus bis Zionismus als Gegenmodelle eines immer brutaler auftretenden Nationalismus und Antisemitismus zu stärken, geistige Alternativen zu entwerfen oder sich der drohenden Katastrophe intellektuell und publizistisch entgegenzustellen. Fallgeschichten, die intellektuelle Auseinandersetzungen mit den Gefahren der drohenden deutschen Besatzung oder des Nationalsozialismus im Allgemeinen mit einer weiter zurückreichenden geistigen Traditionsbildung verknüpfen, eröffnen das Feld. Hier werden etwa Autorenzirkel in Prag, die eine Form der kulturellen Übersetzung zwischen Deutschen, Juden, Slowaken und Tschechen unter widrigen Bedingungen aufrechtzuerhalten suchten (Ines Koeltzsch), oder jugoslawische Zionisten, die die erste deutsche Flüchtlingsgruppe bereits 1933 empfangen und dadurch ihr Bewusstsein für die Notwendigkeiten einer zionistischen Ansiedlung in Palästina schärfen (Marija Vulesica), diskutiert.

Die Beiträge zum Phänomen überproportionaler Hinwendung von Juden zum Kommunismus am Beispiel von Béla Balász (Eszter Gantner) und zur bisher weitgehend unterschätzten Dynamik jiddischen Kulturlebens in Bukarest (Camelia Crăciun) überraschen durch neue konzeptionelle Überlegungen und räumlich ungewöhnliche Perspektiven. Weitere Teile des Bandes widmen sich jüdischen Reaktionen auf Holocaust und Stalinismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hier kommen Orte, Persönlichkeiten und Fragestellungen zur Geltung, die bisher vernachlässigt wurden. So kam es gerade in Ungarn zu einer großen Forschungs- und Dokumentationsstätigkeit unter Überlebenden, die weitgehend unter dem Radar der wachsenden Aufarbeitung der frühen Holocausthistoriographie geblieben ist (Ferenc Laczó). Genauso werden anhand von ausgesuchten Beispielen die vielen literarischen Annäherungen an die Katastrophe in Ungarn und der Tschechoslowakei vorgeführt, die der Erfahrungsgeschichte Ausdruck und den Überlebenden Stimme verleihen sollten (Ilse J. Lazaroms). Schließlich stehen Fragen der jüdischen Zugehörigkeit unter kommunistischen Vorzeichen, Weiterleben im Realsozialismus und dessen Auswirkungen auf die intellektuelle Produktion im Zentrum.

Der Band besticht vor allem durch seine Komposition, die nicht eklektisch Zusammengefügtes präsentiert, sondern einen roten Faden erkennen lässt. Der Anspruch der Herausgeber, die intellektuellen Resonanzen von Katastrophe und Utopie unter jüdischen Intellektuellen Zentral- und Osteuropas im Angesicht der Vernichtung zur Anschauung zu bringen, wird überzeugend eingelöst und hilft hoffentlich dabei, neue Perspektiven für die europäische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts zu entwickeln, die sich produktiv mit diesem Geschichtsraum befassen.

Elisabeth Gallas
Leipzig

Bericht aus dem besetzten Polen



Zygmunt Klukowski
*Tagebuch aus den Jahren der Okkupation
1939–1944*

Hrsg. von Christine Glauning und
Ewelina Wanke
Berlin: Metropol Verlag, 2019, 584 S.,
€ 29,90

Von Beginn an begleiten Tagebücher die Beschäftigung mit dem Holocaust. Anne Franks, Emanuel Ringelblums oder Victor Klemperers Aufzeichnungen erlauben den Leserinnen und Lesern, die Perspektive der Opfer auf Verfolgung und drohende Ermordung kennenzulernen. Dass ihre Aufzeichnungen eine unersetzbare Quelle sind, die es den mit buchhalterischer Akkuratess geführten Akten der deutschen Täter gegenüberzustellen gilt, wussten bereits Holocaustforscherinnen und -forscher der ersten Stunde. Vergleichsweise wenig beleuchtet ist hingegen die Perspektive derjenigen, die Raul Hilberg als »Zuschauer (Bystander)« benannte. Über ihre Rolle beim Judenmord wird seit langem intensiv diskutiert – insbesondere in Polen löst das Thema bis heute erhitzte Debatten aus. Das von Christine Glauning und Ewelina Wanke nun auf Deutsch herausgegebene Tagebuch Zygmunt Klukowskis stößt genau in diese Lücke.

Das Tagebuch des Krankenhausdirektors aus Szczebrzeszyn, einer kleinen Provinzstadt im Südosten des heutigen Polen, ist in mehrerlei Hinsicht besonders. Zunächst die zeitliche Dimension: Klukowskis akribische Aufzeichnungen schildern das Geschehen vom Beginn des Krieges im September 1939 über die fast fünfjährige Besatzung bis zum Sommer 1944, als die Rote Armee und polnische Partisanen in den von den Deutschen fluchtartig verlassenen Ort einmarschierten. Räumlich befand sich Szczebrzeszyn in einem Gebiet, in dem sich das Grauen der deutschen Okkupation in außerordentlicher Weise konzentrierte. Durch das Schtetl, mehr als die Hälfte der Einwohner waren Juden, verlief die Eisenbahnstrecke in das kaum 60 Kilometer entfernte Belzec, wo sich das erste für die »Aktion Reinhardt« eingerichtete Vernichtungslager befand – knapp eine halbe Million Menschen wurden hier ermordet. Einen erheblichen Teil der Szczebrzesziner Juden töteten die deutschen Besatzer dennoch an Ort und Stelle, vor den Augen ihrer Nachbarn.

Die Region, in der die Kleinstadt liegt, spielte auch über den Holocaust hinaus eine zentrale Rolle für die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik im besetzten Polen. Die Einrichtung des ersten deutschen Siedlungsgebiets im Generalgouvernement verstärkte den Besatzungsterror, auch für die nichtjüdische Bevölkerung. Neben

Verschleppungen zur Zwangsarbeit ins »Reich«, willkürlichen Verhaftungen und Erschießungen wurden tausende christliche Polen aus der Region deportiert, um Platz für die deutschen Siedler zu schaffen.

All diese Ereignisse und ihre Wirkung auf die Bevölkerung, aber auch die Aktivitäten von Partisanengruppen in der Region dokumentierte und kommentierte Klukowski. Er war, und auch das macht sein Tagebuch besonders, ein für ein Provinzstädtchen außergewöhnlich gebildeter und weltläufiger Chronist. Durch seine jahrzehntelange Tätigkeit als Krankenhausdirektor und Regionalhistoriker war er hervorragend vernetzt, weithin geachtet und gut informiert. Eine biographische Skizze der Herausgeberinnen leitet den Band ein. Der darauf folgende Aufsatz Ingo Loses verortet die lokalen Beobachtungen Klukowskis kenntnisreich vor dem Hintergrund der deutschen Besatzungspolitik in Polen.

Es gibt viele Gründe, Klukowskis Tagebuch zur Lektüre zu empfehlen. Der wichtigste mag dessen Beitrag zur Debatte über die Rolle der Zeugen/Bystander im Holocaust sein. Seine Aufzeichnungen zeigen die Shoah als Teil der brutalen Besatzung Polens, ohne ihre Ungeheuerlichkeit zu relativieren. Klukowski, obwohl selbst nicht gänzlich frei von den damals verbreiteten antisemitischen Stereotypen, lässt in seinen Schilderungen keinen Zweifel daran aufkommen, dass er die Tragweite des deutschen Massenmords an den Juden erahnt. Offen beschreibt er seine Hilflosigkeit im Angesicht dieses Verbrechens, ja schon beim Versuch, dafür überhaupt Worte zu finden. Doch gelingt es ihm, die Bandbreite von Reaktionen der lokalen nichtjüdischen Bevölkerung aufzuzeigen. Er beschreibt den Anteil christlicher Polen, als Zivilisten oder Polizeibeamte, an der Verfolgung und Ermordung der Juden und wie verschieden die Motivationen dafür waren: Habgier, Hass, aber auch Angst. Er dokumentiert ebenso Fälle von Polen, deren Familien ausgelöscht wurden, als Strafe dafür, dass sie verfolgte Juden versteckten. Wie perfide die deutschen Besatzer die polnische Gesellschaft zu Komplizen des Mordens machte, wird deutlich, wenn Klukowski berichtet, dass er mit schlechtem Gewissen von der deutschen Gendarmerie »Unterwäsche und Haushaltswaren« für sein Krankenhaus annahm. Diese waren Juden abgenommen worden, doch im allgemeinen Mangel der Besatzung habe man sie »wirklich sehr gut gebrauchen« (S. 382) können.

Klukowskis Schilderungen fördern die Ambivalenz zutage, mit der Zeugen des Holocaust umzugehen hatten. Sie entlarven die Brichtigkeit von leichtfertig über sie gefällten, moralisch eindeutigen Werturteilen und verdeutlichen, dass für die Beurteilung ihres Handelns die Wirkung des deutschen Besatzungsterrors auf die jeweilige Gesellschaft berücksichtigt werden muss.

Stephan Stach
Warschau

Der Holocaust in Kroatien



Slavko Goldstein

1941 – Das Jahr, das nicht vergeht.

Die Saat des Hasses auf dem Balkan

Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag,

2018, 608 S., € 30,–

Der US-amerikanische Historiker Helmut Walser Smith hat argumentiert, nicht etwa

1933, sondern im Jahr 1941 sei die deutsche Geschichte kulminiert, als sich mit der Eskalation der massenmörderischen Projekte der Nationalsozialisten und einem »Zusammenbruch der Mitmenschlichkeit« die deutsche Geschichte auf einem Fluchtpunkt verdichtete.¹ Der kroatische Publizist Slavko Goldstein unterstützt diese Deutung in einem Buch über die während des Zweiten Weltkriegs in Kroatien verübten Massenmorde, das zuerst 2007 auf Kroatisch erschien und nun in einer wunderbaren Übersetzung von Marica Bodrožić auf Deutsch vorliegt.

Goldstein entstammt einer jüdischen Familie und erlebte 1941 als Zwölfjähriger in der kroatischen Kleinstadt Karlovac den Terror der Ustascha, einer faschistischen Organisation, die, von Hitler und Mussolini ermächtigt, einen kroatischen Staat gründete und vor allem dessen serbische und jüdische Bevölkerung mit massenmörderischem Terror überzog. Goldsteins Vater Ivo wurde im selben Jahr von der Ustascha in einem Lager ermordet, seine Mutter und sein Bruder überlebten dadurch, dass sie sich den jugoslawischen Partisanen unter Tito anschlossen. Nach dem Krieg entwickelte sich Slavko Goldstein in Zagreb zu einem einflussreichen Publizisten. Viele seiner Dokumentarfilme und Bücher widmeten sich der Geschichte des Zweiten Weltkriegs.

Goldstein ist zugleich Zeitzeuge und Historiker der Irrungen und Wirrungen kroatischer Zeitgeschichte: Faschismus, eine brutale jugoslawische Spielart des Stalinismus, liberaler Sozialismus – seit den 1980er Jahren dann Agonie, Staatszerfall, Turbonationalismus, Krieg und Demokratie. Gebannt folgt man als Leser seiner intimen Kenntnis der Gesellschaft, der die Gewalt des Jahres 1941 entsprang. Goldstein interessiert sich für die Psychologie der Täter, ihr Wesen und ihre Schwächen. Dabei fragt er, wer auf dem Weg in die Gewalt wie weit ging, wer auf dem Weg stockte, und auch, wer kehrtmachte. Aus der amorphen Masse »der Nazis« und »der Ustasche« werden Menschen mit Gefühlen, Motiven und Handlungsspielräumen.

Atemraubend ist, dass Goldstein viele der örtlichen Faschisten aus der Schule, vom Sport oder vom Sehen kannte und einigen davon nach dem Krieg wieder begegnete. Goldsteins Text ist geprägt von der Trauer um die Ermordeten, allen voran um den Vater, bleibt dabei aber stets differenziert. Das Buch ist dabei kein akademisches Werk. Der Ursprung seiner Quellen ist zwar im Text beschrieben, aber bedauerlicherweise nur selten anhand von Fußnoten nachvollziehbar.

Erneut zeigt sich, wie unwahr die Behauptung ist, der Mord an den europäischen Juden sei vollkommen erforscht. Dicht beschriebene Lokalstudien wie diese fordern die Holocaustforschung heraus, indem sie uns zwingen, über Dynamiken, Chronologien und das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie nachzudenken.² Im Falle Kroatiens verkomplizieren drei Komplexe die konventionelle Geschichtsschreibung des Holocaust enorm:

Erstens ist das landläufige Bild von nichtdeutschen Tätern des Holocaust immer noch, dass es sich bei diesen um Marionetten der deutschen Besatzer gehandelt habe. Die Ustascha-Funktionäre, die uns in Goldsteins Buch begegnen, sind indes alles andere als das. Es handelt sich um eigensinnige, von ihrem Tun überzeugte Nationalisten, die ihrem eigenen ideologischen Fahrplan folgten und dabei Konflikten mit den Deutschen und den Italienern nicht aus dem Weg gingen. Sie waren entschlossen, den Krieg dafür zu nutzen, mittels gewaltsamer ethnischer Säuberungen einen ethnisch homogenisierten kroatischen Nationalstaat zu schaffen. Zweitens ist die Chronologie des Genozids in Kroatien verstörend, denn der Beginn der systematischen Massenmorde liegt mit dem Mai 1941 vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und dem Beginn des Vernichtungskrieges. Dies gilt auch für den kroatischen Genozid an den Juden, der bereits im Juni 1941 begann. In der Tat ist die Ustascha die erste Organisation in Europa, die eine gewaltsame physische Beseitigung aller Juden mittels Massenmord und Massenvertreibungen anging. Dies wirft die Frage auf, inwiefern es sich beim Holocaust in Europa eigentlich um ein und dasselbe Ereignis handelt. Schließlich verdeutlicht das kroatische Beispiel, dass die Gewalt gegenüber verschiedenen Gruppen stark verschränkt war. Die Feindkonstruktionen der Ustascha gegenüber Serben, Juden und Roma waren miteinander verwoben, und die Verfolgung der Serben begründete, beschleunigte und radikalisierte auch die Verfolgung der Juden und der Roma. Über die Verfolgung und Ermordung der letzteren im Jahre 1942 erfahren wir in Goldsteins Buch leider viel zu wenig, was auch am zeitlichen Fokus auf dem Vorjahr liegt.

Alexander Korb

Leicester

¹ Helmut Walser Smith, *Fluchtpunkt 1941. Kontinuitäten der deutschen Geschichte*, Stuttgart 2010.

² Siehe auch Max Bergholz, *Violence as a Generative Force: Identity, Nationalism, and Memory in a Balkan Community*, Ithaca 2016; sowie Omer Bartov, *Anatomy of a Genocide: The Life and Death of a Town Called Buczac*, New York 2018.

Der vergessene Teil des Holocaust?



**Stephan Lehnstaedt,
Robert Traba (Hrsg.)**

Die »Aktion Reinhardt«.

Geschichte und Gedenken

Berlin: Metropol Verlag, 2019, 395 S.,

€ 24,—

Vom Holocaust hat die Mehrheit der Menschen in Deutschland und in Europa wohl ebenso eine ungefähre Vorstellung wie von Auschwitz. Von der »Aktion Reinhardt« aber, darauf weisen die Herausgeber eines neuen Sammelbandes hin, wissen nur die wenigsten, obwohl in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibór und Treblinka mehr als 1,5 Millionen Juden ermordet wurden. In Polen kannten 2009 immerhin – die Herausgeber werten es als »nur« (S. 9) – 13,8 Prozent der Befragten einer Umfrage Treblinka. Der Sammelband *Die »Aktion Reinhardt«. Geschichte und Gedenken* möchte einen Beitrag dazu leisten, diesen Teil des Holocaust bekannter zu machen. Die Herausgeber haben hierfür Beiträge in vier Themenblöcken versammelt. Darunter sind Zusammenfassungen bereits bekannter Forschungen sowie Aufsätze, die Neuland erschließen. Zu ersteren zählen die Beiträge von Angelika Benz über die sogenannten Trawniki-Männer, von Annika Wienert über kartographische Skizzen der Lager oder von David Silberklang über das Lager Krasnik.

Angelika Benz geht auf jene meist nichtdeutschen Hilfskräfte ein, die in den Vernichtungslagern Wachdienste verrichteten und dafür – ohne dass sie wussten, was auf sie zukommt – in den Kriegsgefangenenlagern rekrutiert wurden. Eindrücklich schildert Benz die Zwangslage der Trawniki-Männer zwischen Verfolgung in der Sowjetunion als Verräter und drohendem Hungertod im Kriegsgefangenenlager. Sie waren Fußvolk der Vernichtung, wurden nicht selten mit Prügeln bestraft und auch sonst schlecht behandelt. Daher nahm rund ein Drittel von ihnen das Risiko auf sich und floh. Manch einer fand jedoch Gefallen am Töten und wusste durch korruptes Verhalten die Lage für sich zu nutzen.

Erhellend wirkt Melanie Hemberas Beitrag über die Rolle der Kanzlei des Führers (KdF) an der Ermordung der Juden im Generalgouvernement. Die KdF wurde bisher meist nur als jene Einrichtung gesehen, die das Personal der sogenannten Euthanasiemorde für die Vernichtungslager stellte. Hembera aber kann nachweisen, wie sie sich aus eigener Initiative neue Tätigkeitsfelder erschloss und sich aktiv in den Judenmord einbrachte. Auch behielt sie die Hoheit über das Mordpersonal, das weiterhin von Berlin aus verwaltet wurde.

Nach dem Abschnitt »Täter und Opfer«, der die Opfer weitgehend unberücksichtigt lässt, richten drei Beiträge den Blick auf »Frühe Berichte und Forschungen«. Jürgen Matthäus zeigt auf, dass die Genfer Büros des World Jewish Congress und der Jewish Agency frühzeitig über umfangreiches Wissen über den Holocaust verfügten, aber nur wenig Gehör fanden. Insbesondere Richard Lichtheim von der Jewish Agency kam zu bemerkenswerten Einsichten und sprach Kernfragen an, die der Forschung lange Zeit voraus waren. So erkannte er, dass der Weg zum Massenmord kein geradliniger war und auch innerhalb der beteiligten Apparate Kritik geäußert wurde. Überdies wies Lichtheim auf die Rolle von Herbert Backe und dessen Hungerpolitik hin.

Katrin Stoll plädiert in ihrem instruktiven Aufsatz dafür, die Zeugnisse, die die Jüdische Historische Kommission in Polen ab 1945 publiziert hat, als eine eigene Gattung zu verstehen. Mit der ihnen eigenen spezifischen Nachträglichkeit des Zeugnisses seien sie nicht allein Quellen des Holocaust, sondern zeugten auch von dessen Verarbeitung, was die Autorin an Rachel Auerbachs Reportage über Treblinka nach dem Krieg sowie an Nachman Blumentals Sammlung zur NS-Sprache demonstriert.

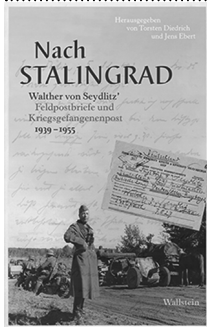
Im Abschnitt »Erinnerung und Strafverfolgung« stellen Hans-Christian Jasch und Johannes Tuchel die niederschmetternde Bilanz der bundesdeutschen Justiz bei der Ahndung der Verbrechen in den Vernichtungslagern der »Aktion Reinhardt« dar. Dass trotz aller Überforderung der Justiz, mit den Mitteln des Individualstrafrechts ein Staatsverbrechen zu ahnden, dies ein fortwährender Justizskandal war, klingt bei beiden an, Johannes Tuchel jedoch bringt dies pointierter zum Ausdruck. Die Justizpraxis erscheint noch skandalöser, wenn man sich vor Augen führt, dass im Prozess gegen Josef Hirtreiter bereits 1951 ein Urteil ergangen ist, das den Weg hätte weisen können. Das Landgericht Frankfurt kam damals zu dem Schluss, dass in einem Lager wie Treblinka alle Handlungen des SS- und Wachpersonals ein Beitrag zur »organisierten Massenstraftat« (S. 215) waren. Damit lag im Grunde genommen schon auf dem Tisch, was erst nach dem Demjanjuk-Verfahren 2011 in ähnlicher Form gängige Praxis werden sollte.

Den Band schließt ein Abschnitt zur Gedenkstätte Sobibór ab, in dem Raphael Utz in zwei Schlaglichtern den Blick auf den Ort 1950 und 1965 wirft, mithin in eine Frühphase des Gedenkens. Weitere Beiträge gehen auf die archäologischen Funde auf dem Gelände ein, stellen die »architektonisch-landschaftliche Konzeption des Gedenkortes« sowie die dort geplante historische Ausstellung vor.

Der Sammelband bietet einen facettenreichen Überblick über viele Aspekte der »Aktion Reinhardt«. Die zwangsläufig vorhandenen Lücken sind dabei Abbild der Forschungslandschaft und sollten keinen Anlass zur Kritik, sondern vielmehr Anstoß für weitere Forschungen bieten.

Markus Roth
Gießen

Feldpost aus Stalingrad

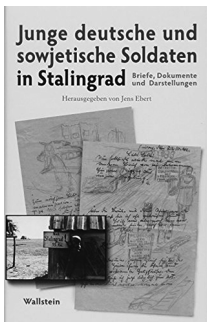


Torsten Diedrich, Jens Ebert (Hrsg.)

Nach Stalingrad.

Walther von Seydlitz' Feldpostbriefe und Kriegsgefangenenpost 1939-1955

Göttingen: Wallstein Verlag, 2. Aufl., 2018 (Erstaufl.: 2018), 428 S., € 24,90



Jens Ebert (Hrsg.)

Junge deutsche und sowjetische Soldaten in Stalingrad.

Briefe, Dokumente und Darstellungen

Göttingen: Wallstein Verlag, 2018, 338 S., € 24,90

Die Feldpost der Wehrmacht beförderte von 1939 bis 1945 etwa 40 Milliarden Sendungen von der Front in die Heimat oder umgekehrt. Diese sind mittlerweile eine wichtige Quelle der Forschung zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Die Mehrzahl der Karten und Briefe ist verloren gegangen oder liegt in Privathaushalten; einige hunderttausend sind aber auch in Archiven gesammelt. Zahlreiche Editionen schildern das Kriegserlebnis aus der Sicht einfacher Mannschafts- und mittlerer Offiziersdienstgrade. Die Veröffentlichung der Feldpost höherer Offiziere, Generale zumal, ist bis heute aber die Ausnahme.¹ Umso verdienstvoller ist die von Torsten Diedrich, Wissenschaftlicher Direktor am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, sowie Jens Ebert, einem ausgewiesenen Kenner der Soldatenpost,² besorgte Edition von Feldpostbriefen von Walther von Seydlitz. Anlass hierfür war der 75. Jahrestag der Schlacht um Stalingrad, die mit der Kapitulation der 6. Armee am 31. Januar beziehungsweise 2. Februar 1943 geendet hatte. Ein sehr informativer

Aufsatz von Ebert führt in die Geschichte der Feldpost im Zweiten Weltkrieg ein (S. 11–65), und eine ausführliche biographische Skizze von Diedrich schildert von Seydlitz' Werdegang (S. 319–412).

Von Seydlitz (*1888) entstammte einer alten preußischen Adelsfamilie mit großer Militärtradition. Er trat nach dem Abitur 1908 als Fahnenjunker in das 2. Westpreußische Feld-Artillerie-Regiment in Danzig ein, besuchte die Kriegsschule in Hannover, kämpfte im Ersten Weltkrieg zunächst an der Ost-, ab 1915 an der Westfront. Nach Kriegsende konnte er in der Reichswehr verbleiben, wurde 1929 in das Heereswaffenamt in Berlin und 1933 als Kommandeur zu einer Artillerie-Einheit versetzt. 1940 wurde er zum Kommandeur der 12. Infanteriedivision ernannt, mit der er am Frankreichfeldzug und im Juni 1941 am Überfall auf die Sowjetunion teilnahm. Im März 1942 erlangte er militärischen Ruhm, als er erfolgreich eine Operation zur Öffnung des Kessels von Demjansk, in dem sechs deutsche Divisionen eingeschlossen waren, befehligte. Daraufhin wurde ihm im Mai das Kommando über das LI. Armeekorps übertragen, und im Juni wurde er zum General der Artillerie ernannt. Sein Korps war am Vorstoß Richtung Wolga und an den Kämpfen um Stalingrad beteiligt, wo er mit der 6. Armee in der zweiten Novemberhälfte 1942 von sowjetischen Truppen eingekesselt und schließlich im Januar 1943 gefangen genommen wurde. Vergeblich hatte er am 24. November in einer Denkschrift den Oberbefehlshaber der 6. Armee, General Friedrich Paulus, dazu gedrängt, entgegen Hitlers Befehl aus dem Kessel auszubrechen. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft fand er den Weg zum Widerstand gegen den NS-Staat: Im September 1943 beteiligte er sich an der Gründung des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) und übernahm dessen Vorsitz. Zugleich wurde er Vizepräsident des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD), welches wenige Monate zuvor deutsche Kommunisten im sowjetischen Exil gegründet hatten. Deswegen betrachteten ihn nicht nur zahlreiche Kameraden in Kriegsgefangenschaft als eidverletzenden Verräter; das Reichskriegsgericht verurteilte ihn im April 1944 in Abwesenheit zum Tode. Seine Familie wurde in Sippenhaft genommen und seine Frau dazu gezwungen, sich von ihm scheiden zu lassen.

Nach Kriegsende verloren der BDO und das NKFD für die Sowjetunion an Bedeutung. Auch weil von Seydlitz immer wieder Kritik an der sowjetischen Deutschlandpolitik äußerte, erfüllte sich seine Hoffnung auf Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nicht. Im Gegenteil: 1950 verhängte ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) wegen Kriegsverbrechen ein Todesurteil gegen ihn, welches aber in 25 Jahre Lagerhaft umgewandelt wurde. Von Seydlitz zählte zu den deutschen Kriegsgefangenen, die nach Bundeskanzler Konrad Adenauers Moskaubesuch 1955 als letzte in die Heimat repatriert wurden. Im Unterschied zu anderen Spätheimkehrern wurde er in Westdeutschland nicht mit offenen Armen empfangen – ihm wurden Kollaboration mit dem Feind und Landesverrat vorgeworfen; Schmähungen und Drohungen führten dazu, dass er mit seiner Familie aus Verden nach Bremen übersiedelte. 1956 wurde das Todesurteil

1 Eine der wenigen Ausnahmen ist: Johannes Hürter (Hrsg.), *Notizen aus dem Vernichtungskrieg. Die Ostfront 1941/42 in den Aufzeichnungen des Generals Heinrichi*, Darmstadt 2016 (Erstausgabe: *Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrichi 1941/42*, Erfurt 2001).

2 Ebert gab zuvor u.a. heraus: *Feldpostbriefe aus Stalingrad. November 1942 bis Januar 1943*, Göttingen 2003.

des Reichskriegsgerichts gegen ihn aufgehoben. Erst ab Ende der 1960er Jahre begann eine auch in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zunehmend kritische Öffentlichkeit sein Verhalten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft als Widerstand gegen Hitler zu verstehen. Walther von Seydlitz verstarb 1976 in Bremen.

Diedrich und Ebert haben 195 Postkarten und Briefe aus einem Gesamtbestand von rund 800 ausgewählt, die von Seydlitz zwischen 1939 und 1955 in der Regel an seine Frau geschrieben hat. Von Seydlitz' Feldpost zeigt, dass er – zumal nach den »Blitzkriegen« 1939/40 – an die Sendung Hitlers und die kommende beherrschende Stellung Deutschlands in Europa glaubte. Am 21. Mai 1940 schrieb er, Hitler sei durch den grandiosen Sieg in Frankreich »der größte Mensch seit 3 Jahrtausenden« (S. 101). Von den Erfolgen der Wehrmacht berauscht, äußerte er im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjetunion am 15. Juni 1941, man müsse jetzt »global« denken (S. 148). Am 30. Juni 1941 gab er »den Russen nicht mehr lange, höchstens noch c[irca] 5 Wochen infolge der weiten Räume« (S. 155). Angesichts seiner lange Zeit ungebrochenen Siegeszuversicht setzte sich bei von Seydlitz erst allmählich die Erkenntnis durch, dass der Krieg noch lange anhalten und in einem »Limes« mit einer »brennende[n] Grenze gegen Asien« münden würde (S. 222). In Stalingrad verlor er schließlich den Glauben an Hitler und die Wehrmachtführung. Seine Briefe machen die Selbstzensur deutlich,³ so etwa der am 24. November 1942 an seine Frau: »Wo die Schuld für die Lage hier liegt, könnte ich Dir nur mündlich sagen u. muß daher darüber schweigen.« Der Brief war zugleich als Abschiedsbrief an seine Frau gedacht: »Die Wahrscheinlichkeit, daß man das lebend übersteht[,] ist für mich sehr gering« (S. 239).

Bemerkenswert ist, dass von Seydlitz – im Gegensatz zu zahlreichen anderen Briefautoren – die Verbrechen an der Zivilbevölkerung und den Judenmord in der Sowjetunion fast gar nicht und wenn, dann verklausuliert thematisiert hat. Ebert betont aber, dass die Massenverbrechen »einem Kommandierenden General fraglos bekannt gewesen« seien (S. 43). Auch hier hatte von Seydlitz alles ausgespart, was den Unmut der Zensoren hätte erregen können. So teilte er am 7. Juli 1941 seiner Frau mit, neben seiner Einheit kämpfe eine SS-Totenkopfdivision: »Was über sie sonst erzählt wird, kann ich nicht schreiben, leider wieder teilweise sehr Bedauerliches« (S. 159). Diedrich stellt klar, dass von Seydlitz aber selbst »in die Durchsetzung des Kommissar-Befehls zur Ermordung sowjetischer Politkommissare wie auch mit seiner Division in die verbrecherische Kriegsführung gegen die sowjetische Zivilbevölkerung verwickelt« gewesen ist (S. 320). Vorurteile gegen Russen hatte von Seydlitz bereits im Ersten

Weltkrieg an der Ostfront entwickelt. Polen, Russen und Litauern attestierte er etwa am 4. Juli 1941 »kulturelle Steinzeit« (S. 157). Mitte Oktober 1942 zeigte er allerdings auch Mitleid mit der aus dem umkämpften Stalingrad abziehenden Zivilbevölkerung: »Flüchtlinge, die mit kleinen Kindern [...] in dieses Elend der Steppe ziehen« (S. 231). Mit der Gefangennahme endeten die Feldpostsendungen. Der erste Brief aus der Kriegsgefangenschaft datiert auf den 27. Juli 1945, da es einen regulären Postverkehr für deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion erst nach dem Krieg gab (S. 55). Die Schreiben drehen sich um das Wohlergehen der Familie und von Seydlitz' Repatriierung, aber etwa auch um die Lage in Deutschland.

Von Seydlitz' Feldpost unterschied sich in vielen Aspekten von der unterer Dienstgrade: Für ihn als General waren aufgrund seiner Stellung etwa Fragen der Unterbringung, der Entlassung und selbst in Zeiten der Einkesselung in Stalingrad auch der Verpflegung eher nachrangig oder gar kein Thema, zudem hatte er einen sehr viel besseren Überblick über die militärische Gesamtlage (S. 47).

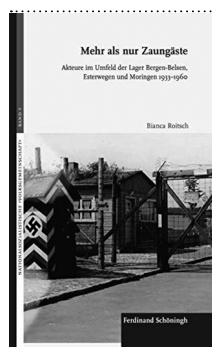
Als Ergänzung zu von Seydlitz' »Generalssicht« ist daher ein zweiter, von Jens Ebert herausgegebener Quellenband zu verstehen, der Briefe, Dokumente und Darstellungen versammelt, die Auskunft geben sollen über das Stalingraderlebnis von jungen deutschen und auch sowjetischen Soldaten vor allem der Jahrgänge 1916 bis 1922, die teilweise direkt von der Schulbank oder aus der Berufsausbildung heraus an die Front mussten. Feldpostbriefe deutscher Soldaten, die allesamt als gefallen oder vermisst gemeldet worden waren, belegen etwa, dass diese die Dramatik der militärischen Lage zunächst oftmals nicht erkannten, klagten doch viele nach der Einkesselung vor allem über die damit verbundene Urlaubssperre (S. 72). Ebert zeigt aber auch »die andere Seite der Front« und präsentiert Feldpostbriefe sowjetischer Soldaten, in die stärker als in die deutschen Schreiben Propagandafloskeln mit einfließen, von denen aber nicht zu sagen sei, wie sehr sie der inneren Überzeugung der Schreiber entsprachen (S. 10 f.). Abschließend bietet der Band einige Auszüge aus literarischen Darstellungen der Schlacht um Stalingrad, etwa von Theodor Plivier, Friedrich Wolf und Heinz G. Konsalik, (S. 235–301) und die Erinnerungen von Überlebenden, darunter Viktor Nekrassow (S. 303–333).

Die nun im Druck vorliegende Feldpost von Walther von Seydlitz dürfte die Quellengrundlage insbesondere für zukünftige mentalitätsgeschichtliche Studien zur deutschen Generalität im Zweiten Weltkrieg spürbar erweitern. Die Edition besticht zudem durch die Beiträge der beiden Herausgeber. Der von Jens Ebert verantwortete Band wiederum erscheint wegen seiner breit angelegten Konzeption zwar weniger homogen, reicht aber aufgrund der in russischen Archiven gesammelten Briefe sowjetischer Stalingradkämpfer, die einen vergleichenden Blick auf das Schicksal der jungen Soldaten ermöglichen, über die meisten vorliegenden Quellenbände hinaus.

Jörg Osterloh
Fritz Bauer Institut

3 Am 12. März 1940 hatten die Feldpostprüfstellen der Wehrmacht den Befehl zur stichprobenartigen Überprüfung der Sendungen erhalten. Niemand war hiervon ausgenommen, was vom Mannschaftsdienstgrad bis zum General zur Selbstzensur führte (S. 20 f.).

Von Praktiken und Sagbarkeiten



Bianca Roitsch

Mehr als nur Zaungäste. Akteure im Umfeld der Lager Bergen-Belsen, Esterwegen und Moringen 1933–1960
Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2018,
421 S., € 89,–

In der Ikonographie des Nationalsozialismus markieren Wachtürme und Stacheldraht eine schier unüberwindbare Grenze zwischen Konzentrationslager und Außenwelt. Raul Hilberg wies den Akteuren im Umfeld der Lager in seiner bahnbrechenden Studie *Täter, Opfer, Zuschauer* (1992) die Rolle von »Zaungästen« zu. Zentrales Anliegen der Dissertation von Bianca Roitsch ist es, diese Zuschreibung zu hinterfragen und die Durchlässigkeit der Grenze vergleichend am Beispiel der Lager Bergen-Belsen, Esterwegen und Moringen zu überprüfen. Sie verwendet hierzu in überzeugender Weise einen praxeologischen, lokal- und alltagshistorischen Ansatz.

Zur Untersuchung der Fragestellung, wie sich Häftlinge, Wachmannschaften und Anwohner im Umfeld der Lager begegneten und welche Faktoren das Miteinander in der NS-Zeit sowie die lokalen Narrative nach 1945 bestimmten, hat die Autorin eine heterogene, wenn auch lückenhafte Quellengrundlage zusammengetragen: Zeitungsartikel und Chroniken, Akten aus der NS-Zeit, Entnazifizierungsakten sowie Ego-Dokumente. Damit reiht sie sich in die jüngere KZ-Forschung ein, die das dichte Netz von Beziehungen zwischen Konzentrationslagern und Umgebungsgemeinden bereits intensiv erforscht und dabei auch die Zeit nach 1945 einbezogen hat. Sie geht jedoch darüber hinaus, indem sie mehrere Lager in ihre Untersuchung integriert, während bis heute Einzelstudien dominieren.

Roitsch hat drei höchst unterschiedliche Lagertypen ausgewählt. Die Lager Esterwegen, Moringen und Bergen-Belsen differieren nicht nur hinsichtlich der Haftgründe, Herkunft, Nationalität, Geschlecht und Gesamtzahl der Häftlinge, sondern auch in Bezug auf die Dauer und Funktion ihres Bestehens sowie der Art der Bewachung. In Abgrenzung von der Forschung, die ein differenziertes Vokabular für unterschiedliche Lagertypen als feingliedriges Analyseinstrumentarium entwickelt hat, subsummiert Roitsch die Lager unter dem Begriff des »Exklusionslagers«. Obwohl sie damit semantisch die Unterschiede einebnet und die Ausdehnung des Begriffs nur unzureichend diskutiert, ist ihr Vorgehen insofern legitim, als sie nachweisen kann, dass die Reaktionen der Akteure im Umfeld

der Lager trotz aller Unterschiedlichkeiten vor und nach 1945 verblüffende Ähnlichkeiten aufweisen.

Zunächst entwirft Roitsch ein Profil der Umgebungsgemeinden in den Jahren 1930 bis 1933. Esterwegen, Bergen und Moringen waren kleine, strukturschwache, ländlich geprägte Orte mit weniger als 3000 Einwohnern. Anschließend untersucht sie die Beziehungen zwischen den frühen Lagern Esterwegen und Moringen und ihrer Umgebung in den Jahren bis 1939, das KZ in Bergen wurde erst 1943 in Betrieb genommen. Dass die Lager nicht abgeschottet, sondern Teil der NS-Gesellschaft waren, zeigt Roitsch anhand der ökonomischen Beziehungen, der physischen Gewalt, der Konfliktpotenziale und Gewöhnungseffekte in der Bevölkerung sowie der gezielten Zurschaustellung der Lager für die Öffentlichkeit. Zwischen dem Personal, den Häftlingen und den Anwohnern entwickelte sich ein facettenreiches Verhältnis. Die vermeintlich außenstehenden »Zaungäste« zeigten je nach Situation Zustimmung, Distanzierung, Verweigerung und Kooperation, wenngleich Roitsch über die Motive oftmals nur Vermutungen anstellen kann.

An allen drei Orten gehörten Schwerstarbeit, Unterernährung, Willkür und massive Gewalt während des Krieges zum Lageralltag. Der immer ausgedehntere Zwangsarbeitseinsatz der Häftlinge in Stätten der Rüstungsproduktion und der Landwirtschaft ließ die physischen Grenzen der Lager zunehmend durchlässig werden, sodass die Begegnung der lokalen Bevölkerung mit Insassen und Personal endgültig zur Alltäglichkeit wurde.

Schließlich durchleuchtet Roitsch das Umfeld der ehemaligen Lager nach Kriegsende bis 1960. Den Fokus legt sie dabei auf die lokalen Narrative, deren zentrale Bestandteile vermeintliche Unkenntnis vom Geschehen in den Lagern, das Leugnen der Verantwortung für die Verbrechen von »fanatischen Nationalsozialisten« und die Stilisierung als Opfer von Entwicklungen außerhalb der eigenen Kontrolle waren. So wurde die vermeintlich unüberwindbare Grenze zwischen Lager und Stadt – und zwischen den externen NS-Tätern und den einheimischen »Zaungästen« – virtuell neu zementiert.

Mit ihrem empiriegeleiteten Ansatz leistet Roitsch einen lesenswerten Beitrag zur KZ-Geschichte, indem sie die Praktiken und Sagbarkeiten der »Zaungäste« als vielschichtigen Interaktionsprozess mit Inhaftierten und Lagerpersonal zeigt. Sie belegt so auch Harald Welzers These, dass es keine klare Grenzlinie zwischen Tätern und Zuschauern gab, sondern dass jeder auf seine Weise an der Herstellung einer gemeinsamen sozialen Wirklichkeit gearbeitet habe. Ein weiteres Verdienst von Roitsch ist es, dass sie in Abgrenzung von einem abstrakten »Volksgemeinschafts«-Begriff die individuellen und gemeinschaftlichen Handlungsoptionen, Eigensinnigkeiten und Anpassungsleistungen in den Blick nimmt und damit tief in das vielschichtige Geflecht der nationalsozialistischen Gesellschaft eintaucht.

Nicola Wenge
Ulm

Archivwissenschaft im NS-Staat



Tobias Winter

*Die deutsche Archivwissenschaft und das
»Dritte Reich«.*

*Disziplingeschichtliche Betrachtungen von
den 1920ern bis in die 1950er Jahre*

Berlin: Duncker & Humblot, 2018, 606 S.,
€ 99,90

Bereits 1995 postulierte der französische Philosoph Jacques Derrida, dass es keine politische Macht ohne Kontrolle über die Archive gebe und dass der Grad der Demokratisierung einer Gesellschaft immer an den Möglichkeiten der Teilhabe *an* und des Zugangs *zu* Archiven gemessen werden könne.¹ Auch wenn Derridas breite Auslegung des Begriffs »Archiv« zu Recht häufig kritisiert wird, scheint es doch ein lohnenswertes Vorhaben, nach der Rolle von Archiven in Diktaturen zu fragen.² Tobias Winter tut dies in seiner Dissertationsschrift am Beispiel der deutschen Archivwissenschaft im Nationalsozialismus. Winter erzählt die Geschichte einer Disziplin, deren Vertreter in ihrer großen Mehrheit der Weimarer Republik misstrauisch bis ablehnend gegenüberstanden und die sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten weitgehend geräuschlos in deren Dienst stellten. Repräsentanten der Zunft – zuvorderst Albert Brackmann und Ernst Zipfel, die beiden Generaldirektoren der preußischen Staatsarchive und Leiter des 1930 in Berlin-Dahlem eingerichteten Instituts für Archivwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung – nahmen die Chancen auf Bedeutungszugewinne für ihr Fach wahr, die sich aus den Rassentheorien der Nationalsozialisten ergaben. Insbesondere die 1935 eingeführten »Ariernachweise«, die in allen deutschen Archiven zu einem enormen Benutzeraufkommen führten, wurden als willkommene Möglichkeit gesehen, bei Staats- und Parteidienststellen die eigene Bedeutsamkeit zunehmend selbstbewusst zu betonen. Dieser »Imagewandel« wirkte sich bei vielen Archivaren positiv auf die Akzeptanz der neuen Verhältnisse aus, auch wenn diese mit der Entlassung jüdischer und liberaler Kollegen und einem gleichzeitigen Ausschluss bestimmter – insbesondere polnischer und jüdischer – Nutzergruppen einhergingen.

Die »grundsätzliche Affinität der Archivwissenschaft zum NS-Regime« (S. 498) in den Anfangsjahren der NS-Diktatur mündete nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in den »Sündenfall der Archivwissenschaft« (S. 313). In den deutsch besetzten Ländern Westeuropas bereiteten Archivkommissionen ab 1941 in bewusster – wenn auch nicht unumstrittener – Abkehr vom Grundprinzip der Provenienz³ den Raub von Dokumenten aus Archiven vor. Im besetzten Osten und Südosten wiederum verlagerten deutsche und österreichische Archivare unter dem Deckmantel des »Archivschutzes« serbische, polnische und ukrainische Archivbestände auf reichsdeutsches Gebiet und beteiligten sich im Rahmen des »Sonderstabs Archive« innerhalb des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg eifrig an der Plünderung von Kulturgut. Zwei dieser »Archivare im Osteinsatz« waren der spätere Leiter der Archivschule in Marburg, Johannes Papritz, – eine zentrale Figur der bundesrepublikanischen Archivwissenschaft – sowie der erste Leiter des Bundesarchivs in Koblenz, Georg Winter. Wie diese beiden Archivare und ihre Kollegen nach 1945 wieder in Amt und Würden gelangten, analysiert Winter im letzten Teil seiner Studie. Klug arbeitet er dabei die Seilschaften heraus, mit denen sich die deutschen Archivare gegenseitig durch das »Fegefeuer der Entbräunung« halfen, und analysiert die pragmatischen Gründe dafür, warum selbst so schwer belastete Personen wie Papritz und Winter nach 1945 Karriere machen konnten.

Tobias Winters Studie wird die künftige Forschung zur deutschen Archivgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägen. Obwohl er, insbesondere was die Rolle deutscher Archivare in den besetzten Ländern anbelangt, in weiten Teilen auf bereits vorhandene Studien zurückgreift,⁴ ist die Bündelung und Ergänzung des Forschungsstands verdienstvoll. Aufschlussreich ist Winters Ansatz, die Ausgestaltung der deutschen Archivwissenschaft über die Systembrüche hinaus zu verfolgen und die Geschichte der Disziplin auch in die frühe Nachkriegszeit fortzuschreiben. So kommt er zu dem Ergebnis, dass sich die Archivwissenschaft in Deutschland nicht, wie oft behauptet, erst in den 1950er Jahren zu einer eigenständigen Disziplin entwickelt habe, sondern bereits zwanzig Jahre früher. Wie diese kontroverse These innerhalb der Archivwissenschaft diskutiert werden wird, bleibt abzuwarten.⁵

Johannes Beermann-Schön
Fritz Bauer Institut

1 Vgl. Jacques Derrida, *Archive Fever: A Freudian Impression*, Chicago, London 1995, S. 4.

2 Vgl. auch Kirsten Weld, *Paper Cadavers. The Archives of Dictatorship in Guatemala*, Durham, London 2014, und Verne Harris, *Archives and Justice. A South African Perspective*, Chicago 2007.

3 Das seit dem 19. Jahrhundert in den meisten Archiven Europas verbreitete Provenienzprinzip legt den historischen Entstehungs- und Überlieferungszusammenhang als Ordnungsgrundsatz für die Bildung und Abgrenzung von Beständen fest.

4 Zu nennen ist insbesondere die Studie von Stefan Lehr, *Ein fast vergessener »Osteinsatz«. Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine*, Düsseldorf 2007.

5 Ähnliche Überlegungen bei Dietmar Schenk, »Die deutsche Archivwissenschaft im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Anmerkungen zu einer wenig beachteten Problematik«, in: *Archivar 04* (November 2017), S. 402–411.

Gedenkkultur in der Kritik



Alexandra Klei, Katrin Stoll (Hrsg.)

Leerstelle(n)?

Der deutsche Vernichtungskrieg 1941–1944 und die Vergegenwärtigungen des Geschehens nach 1989

Berlin: Neofelis Verlag, 2019, 266 S., € 25,–

»Der deutsche Vernichtungskrieg in der Sowjetunion [...] spielt in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland lediglich eine marginale Rolle.« (S. 6) Die entsprechende historische Forschung über die Verbrechen der Wehrmacht im sowjetischen Raum hat hier bisher keine ausreichende Berücksichtigung gefunden, die Ausmaße der Verbrechen werden kaum registriert. Diese Feststellungen der Herausgeberinnen Alexandra Klei und Katrin Stoll sind keineswegs Lappalien: So wird nicht zuletzt die Bundesregierung für eine inadäquate Gedenkpoltik kritisiert, die aus dieser Wahrnehmungslücke resultiert. Auch die Holocaustforschung ist angehalten, ihre Aufmerksamkeit stärker auf den osteuropäischen Raum zu richten.

Dass hier Schieflagen oder blinde Flecken zu verzeichnen sind, ist für sich genommen nicht neu. Neu ist jedoch das, was dieser Sammelband unternimmt, der auf eine Tagung in der Geschichtswerkstatt Minsk im Herbst 2017 zurückgeht. Die Autorinnen und Autoren nehmen diese »Leerstellen« in ihren diversen Kontexten dezidiert in den Blick und stellen sie gebündelt dar. Zehn Beiträge behandeln verschiedene Formen von öffentlicher Wahrnehmung und Erinnerungskultur sowie Gedenkpoltik sowohl in Deutschland als auch im osteuropäischen Raum. Dabei werden die verschiedenen Wahrnehmungslücken, Auslassungen und nicht-sichtbaren Geschichtsmomente herausgearbeitet und ins Licht gerückt.

Janine Frubel beschäftigt sich beispielsweise mit Photographien, die Wehrmachtssoldaten privat von sowjetischen Kriegsgefangenen während der sogenannten Gewaltmärsche aufgenommen haben. Die Bilder werden auf ihre impliziten und expliziten Aussagen hin untersucht. Ulrike Jureit befasst sich mit den »vom Hamburger Institut für Sozialgeschichte erarbeiteten Ausstellungen über die *Verbrechen der Wehrmacht*« (S. 74), die bis heute überaus kontrovers rezipiert wurden. Sie geht dabei auf die Schwierigkeiten in der Konzeption und damit zusammenhängende »Wahrnehmungsblokkaden« (S. 74) ein. Andreas Hilger analysiert die Bundestagsdebatten im Kontext der Entschädigungszahlungen für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene. Er liefert dabei einen kompakten Überblick über die Erinnerungspoltiken in Deutschland nach 1945. Christine Chiriac

befasst sich mit »neueren Geschichtsschulbüchern aus Belarus, Deutschland, Frankreich, Polen und der Ukraine« (S. 182). Sie analysiert inhaltlich-qualitativ die jeweiligen Darstellungen des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion und des Holocaust und vergleicht sie miteinander. Laura Haendel nimmt drei verschiedene militärhistorische Museen in Deutschland in den Blick. Sie betrachtet, ob und wie die verschiedenen Häuser die Wehrmachtverbrechen in ihren Ausstellungskonzepten integrieren und darstellen. Weitere Betrachtungsgegenstände bilden das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst, »Die Folklorisierung der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Polesien«, die »nationalsozialistische Gewalt« in der Ukraine 1943–44 und der Vernichtungsort Malyj Trostenec in Belarus. Konrad Kwiet schließlich stellt einen Wald sowohl als Tatort der »Endlösung« als auch Lebenswelt von Partisanen dar.

Durch diese fokussierte Zusammenschau der unterschiedlichen, sozusagen historisch-interdisziplinären Kontexte tritt eklatant hervor, wie weitreichend die Auswirkungen dieser vernachlässigten Wahrnehmung des Krieges in der Sowjetunion sind und bis in welche Sphären sie hineinreichen. Dieser klare und nachdrückliche Fingerzeig ist ein großer Verdienst des Buches. Weiterhin legt der Band offen, dass der Weg zu einem gemeinsamen europäischen Erinnerungsnarrativ noch weit ist.

Die Auswahl der Beiträge erscheint rund, ausgewogen und breit gefächert. Dem Bereich Museum und Ausstellung widmen sich zwar gleich mehrere Aufsätze – ihnen liegen jedoch jeweils unterschiedliche Problem- und Fragestellungen zugrunde, sodass hier in keiner Weise Redundanz besteht. Sämtliche Texte sind wissenschaftlich fundiert gearbeitet und mit ausführlichen Belegen und Querverweisen ausgestattet. Es ist evident, dass die Beiträge und Beiträgerinnen große Expertise auf ihren Gebieten haben. Weiterhin liefern die Aufsätze so viel Kontext, dass kaum Fachwissen notwendig ist. Das Werk kann also nicht nur von Fachleuten gelesen und verstanden werden, was gerade bei dieser Thematik einen wichtigen Vorzug ausmacht.

Bei dem Sammelband handelt es sich um ein wichtiges und empfehlenswertes Buch, bei weitem nicht nur für Fachhistoriker. Und was dessen Aktualität und Relevanz noch einmal unterstreicht: Bei den jüngsten deutsch-polnischen Gesprächen im Bundestag stand die Gestaltung gemeinsamer Gedenktage prominent auf der Agenda.¹

Clarissa Busse

Berlin

¹ Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw23-deutsch-polnische-parlamentariergruppe-645050> [9.6.2019].

Generäle vor Gericht



Jens Brüggemann

Männer von Ehre?

Die Wehrmachtsgeneralität im Nürnberger Prozess 1945/46. Zur Entstehung einer Legende

Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, 2018, 631 S., € 39,90

Dass Wilhelm Keitel es sich leicht gemacht hätte, kann man kaum behaupten. Mit seinen Aussagen vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) in Nürnberg bestätigte er verbreitete Einschätzungen seiner Person: der dem Führer bis zum Schluss und (darüber hinaus) treue, ja hörige Soldat, dessen Rang als Generalfeldmarschall und Position als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) mehr Ausdruck von Hitlers Patronage als eigener Qualitäten waren. Ein Mann, der Hitler – der in den Augen vieler Offiziere den »Endsieg« verspielt hatte – noch immer als »Genie« bezeichnete. Kurz: der »Lackeitel«. Neben ihm erschien sein Mitangeklagter Alfred Jodl geradezu als Ausbund militärischer Kompetenz, während das Gros des Generalstabs beanspruchte, im Vergleich zu Keitel mit einem Bein im Widerstandslager gestanden zu haben.

Dass der letzte Akt der Keitel'schen Karriere indes etwas komplizierter verlief, stellt Jens Brüggemann in dieser massiven Studie dar. Auf rund 450 Seiten, den ausführlichen Dokumentenanhang nicht eingerechnet, widmet er sich insbesondere der Verteidigung Keitels und Jodls sowie deren vielfältigen, komplizierten Bezügen zur Wehrmachtsgeneralität, die sich als eine der verbrecherischen Organisationen angeklagt fand (und am Ende freigesprochen wurde, weil das Gericht den Organisationscharakter verneinte, nicht die Vorwürfe in der Sache).

Brüggemanns Studie steht damit in einer langen Reihe von Arbeiten, die sich Wehrmachtsangehörigen vor alliierten Gerichten widmen, darunter die Artikel und Monographien Valerie Héberts, Kerstin von Lingens, Manfred Messerschmidts und Oliver von Wrochems, bzw. das vergangenheits- und erinnerungspolitische Nachleben der Wehrmacht bis zum Vorabend der Wehrmachtausstellung 1995 beleuchten, wie etwa die Veröffentlichungen von Detlev Bald, Jörg Echternkamp, Bert-Oliver Manig und Alaric Searle. Zu diesem dichten Forschungsfeld einen originellen Beitrag zu leisten ist keine einfache Aufgabe, und Brüggemann wählt daher eine Strategie höchstmöglicher Präzision und Nuancierung. Nahezu die komplette Studie widmet sich den knapp anderthalb Jahren zwischen Kapitulation und Vollstreckung der Todesurteile gegen Jodl und Keitel.

Auf einen ersten Teil, der sehr ausführlich die Haftbedingungen der Generale und vor allem ihre Erfahrung eines vermeintlich ungerechten, jedenfalls tiefen Falls schildert, folgt die Analyse der Verteidigungslinien vor Gericht und mehr noch hinter den Kulissen. In Kleinstarbeit, die auf der Auswertung von Beständen aus 18 Archiven basiert, seziiert Brüggemann die Kommunikation zwischen Angeklagten, Rechtsanwälten und Zeugen, die unterschiedlichen Interessen der diversen Beteiligten sowie deren narrative Strategien. Vieles klingt notwendig vertraut, und die größere Erzählung einer Wehrmachtselite, die früh erkannte, dass Nürnberg nicht nur ein Risiko darstellte, sondern ebenso sehr die Chance, die Deutungshoheit über den zurückliegenden Krieg zu erlangen und exkulpierte Lesarten auf lange Zeit festzuschreiben, bestätigt und ergänzt Brüggemanns Studie eher als dass sie sie korrigierte. Auch die unrühmliche Rolle, die zwei Historikergenerationen von Gerhard Ritter bis Werner Conze dabei spielten, wird ausgeleuchtet und, mit Blick vor allem auf Percy Ernst Schramm, empirisch eindrucksvoll ausgemalt.

Neuland beschreitet die Studie vor allem dort, wo sie sehr viel genauer als frühere Arbeiten hinschaut. Dass Jodl vor Gericht »geradezu aggressiv« (S. 101) auftrat, überrascht zwar nicht, wohl aber dass Keitel »ein partielle[s] Schuldeingeständnis« formulierte (S. 233), was Brüggemann vor allem seinem Verteidiger Otto Nelte zugutehält. Die Passagen zu den Anwälten gehören zu den spannendsten des Buches und bestätigen, gemeinsam mit der kürzlich erschienenen Arbeit Hubert Seligers, dass ihr Beitrag lange unterschätzt wurde. Gleichwohl betont auch *Männer von Ehre?*, wie stark die Heeresspitze um Werner von Brauchitsch, Franz Halder und Erich von Manstein Interpretationen vorgab, dabei ihre anfangs noch lückenhaften Reihen schloss und um OKW-Vertreter wie Wilhelm Warlimont ergänzte, um eine Trennlinie zwischen dem kompetenten, unbescholtenen Heer und der Hitler-hörigen, mit SD und Sicherheitspolizei kooperierenden Wehrmachtführung zu ziehen.

Leichte Lektüre bietet der Band nicht. Die forensische Tüftelei, die Brüggemann nicht zuletzt in rund 2.300 langen Fußnoten leistet, erzeugt zwar durchaus Mehrwert – vor allem in der Abgleichung von Ton- und Schriftversionen der Vorverhöre, die Auswirkungen auf die Zitierfähigkeit des Materials hat –, ermüdet aber doch bald. Weniger wäre mehr gewesen, und Auswahl und Abstraktion als historiographische Basisoperationen scheinen ein wenig auf der Strecke geblieben zu sein. Dass Brüggemann oft penibel, mitunter pedantisch ältere Literatur in Punkten kritisiert, die eher geringe interpretatorische Auswirkungen haben, macht es dem Leser auch nicht leichter. In seinem Detailgrad aber wird der Band auf Sicht schwerlich übertroffen werden, und hierin liegt ein nicht zu unterschätzendes Verdienst.

Kim Christian Priemel
Oslo

Schaltzentralen des Staats



Frank Bösch,

Andreas Wirsching (Hrsg.)

*Hüter der Ordnung. Die Innenministerien
in Bonn und Ost-Berlin nach dem
Nationalsozialismus*

Göttingen: Wallstein Verlag, 2018, 837 S.,
€ 34,90

Die Nachkriegsgeschichte deutscher Behörden liefert wichtige Aufschlüsse über personelle und damit über administrative und politische Kontinuitäten und Brüche, die staatliche und gesellschaftliche Prozesse wesentlich mitprägten. Der von einem Forschungsteam um Frank Bösch und Andreas Wirsching erarbeitete Band benennt dabei für die Zeit bis Ende der 1960er Jahre klare Unterschiede von Rahmenbedingungen und Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland. Die Auseinandersetzung mit der westdeutschen Bürokratie nimmt in der Darstellung mehr Raum ein. Hierzu wie zur allgemeinen Quellenlage wären ausführlichere Erläuterungen nützlich.

Der Band stellt ein attraktives Format dar, mit dem derartige Großprojekte ihre Ergebnisse angemessen präsentieren können, indem er »jedes einzelne Teammitglied als forschendes Individuum zur Geltung kommen« lässt und »in seiner Gesamtheit doch ein gemeinsam verfasstes Werk« ist (S. 9). Wiederholungen sind erfreulich selten. Wohl ließen sich einzelne Teilkapitel zusammenlegen (in Teil II sowie in Teil IV.2 und 3).

Im Forschungsteam herrschte wohl weitgehend Konsens über eine negative Gesamtbilanz der DDR und ihres Innenministeriums. Die Bewertung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) fällt weniger eindeutig aus. So wird einmal für die Bundesbeamten – Frauen spielten in beiden Ministerien eine höchst untergeordnete Rolle – ein »fundamentaler Lernprozess im Hinblick auf die Bedeutung der vom Grundgesetz geschaffenen Wertordnung und die Rahmenbedingungen der pluralistischen Demokratie« konstatiert (S. 389). Andere Teilstudien dagegen kommen zu dem Schluss, dass die »konkrete Praxis des BMI [...] dem gesellschaftlichen Wandel hinterher[hinkte]« und sich bisweilen »sogar im Gegensatz« dazu befand (S. 486), oder es ist die Rede von »widerwilligen« Lern- oder Anpassungsprozessen und »begrenzten« »Lerneffekten« (S. 534, 634, 747). Dass einfaches »Stillhalten« von gänzlich Lernunwilligen das »Fortwirken von NS-Traditionen und Vorstellungen« beförderte, fächert das Spektrum zusätzlich auf (S. 593). Insgesamt hatten Anfang der 1960er Jahre rund zwei Drittel des Führungspersonals des BMI – vom Referatsleiter an aufwärts – früher ein

NSDAP-Parteibuch besessen, eine ganze Reihe waren ehemalige SA- und SS-Angehörige.

Der Band unterstreicht, dass sich die Kontinuitätsdebatte nicht auf die Suche nach spezifischen NS-Prägungen beschränken kann. Mit gestandenen Beamten wurden auch etatistisch-autoritäre, anti-kommunistische und antisozialdemokratische Denkwelten der Kaiserzeit und der Zwischenkriegszeit in das BMI geholt, die sich ab 1933 mit der NS-Herrschaft aus Überzeugung oder Opportunismus hatten gut vereinbaren lassen. Langfristige Traditionen machten sich im ostdeutschen Innenministerium ebenfalls bemerkbar. Hier waren beim entsprechenden Führungspersonal im Sicherheitsbereich in den 1950er Jahren maximal rund elf Prozent ehemalige NSDAP-Mitglieder tätig. Der Anteil in zivilen Abteilungen lag mitunter darüber. Insgesamt jedoch dominierten eindeutig linke Gegner vor allem von Republik und Nationalsozialismus. In den Propagandakriegen des deutsch-deutschen Kalten Kriegs führten Ministerialbeamte somit auch Konflikte der Vorkriegszeit fort.

Rigidere personalpolitische Ansätze im BMI wurden nach dem Rücktritt von Innenminister Gustav Heinemann 1950 endgültig ad acta gelegt, hochrangige Beamte und ehemalige Angehörige des Reichsinnenministeriums wie Hans Globke beeinflussten entscheidend die personelle Entwicklung. Persönliche Netzwerke, lustlose Überprüfungen der Bewerber und ihrer schöngefärbten Lebensläufe, das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes und die Entlassungen von nach 1945 eingestellten Beamten gemäß Artikel 132 GG ergaben hohe personelle Kontinuitäten, zum Nachteil früherer Gegner und Verfolgter des Nationalsozialismus. In der SBZ/DDR standen die Zeichen auf grundlegender Neugestaltung, in der bürgerliche Kräfte insgesamt nur Anschubhilfe leisten sollten.

Nach instruktiven Ausführungen über Selbstverständnis und Verwaltungskulturen untersuchen aussagekräftige Fallstudien die konkrete Tätigkeit des neuen und alten Personals. In der DDR trug das Innenministerium zunehmend zur Durchsetzung eines weitreichenden, präventiven Sicherheitsverständnisses in Richtung »Fürsorgediktatur« (Konrad Jarausch) bei. In der Bundesrepublik rief sich das BMI zunächst an der neuen Ordnung. Unverständnis gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, extensive Notstandsplanungen, rückwärtsgewandte Verfassungsentwürfe, die halbherzige Wiedergutmachungspraxis, autoritäre Ansätze in der Medien- oder Wissenschaftspolitik und die Fokussierung auf den Staatsschutz belegen das problematische Erbe der Berufsbeamtenschaft im BMI. Die negativen Auswirkungen personeller Kontinuitäten in der Ausländer-, Gesundheits- und Sozialpolitik waren gravierend. Der genaue Anteil des Bundesinnenministeriums am »Gelingen der Demokratie« in Deutschland wird noch weiter ausgiebig diskutiert werden (S. 25). Zu hoch sollte man ihn aber für die 1950er und 1960er Jahre offenbar nicht veranschlagen.

Andreas Hilger
Moskau

Debatten zur SS nach 1945



Andreas Eichmüller

Die SS in der Bundesrepublik. Debatten und Diskurse über ehemalige SS-Angehörige 1949–1985

Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg, 2018, 332 S., € 24,95

Unlängst veröffentlichten Jan Erik Schulte und Michael Wildt einen wichtigen Sammelband zur Nachkriegsgeschichte der SS in der Bundesrepublik, der sich mit Deutungen, Netzwerken und Aktivitäten deren früheren Angehörigen befasst.¹ Die vorliegende Arbeit von Andreas Eichmüller verfolgt einen komplementären Ansatz. Sie untersucht – vor dem Hintergrund, dass die SS im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu einer »Verbrecherischen Organisation« erklärt worden war – die gesellschaftlichen Debatten, die sich aus der öffentlichen Präsenz ehemaliger SS-Angehöriger ergaben.

Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse der Arbeit zielt darauf, zu ergründen, wie im Rahmen gesellschaftlicher Interaktionsprozesse Handlungsspielräume festgelegt wurden. Es zeigt sich deutlich, dass die öffentliche Präsenz der Klientel mit zunehmender zeitlicher Distanz zum NS-Regime allmählich eingeschränkt wurde. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Debatten innerhalb der SPD zum Umgang der Partei mit der aggressiven Lobbyarbeit der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit« (HIAG) zur Rentenversorgung der Veteranen der Waffen-SS. Die Sozialdemokraten waren in dieser Frage lange Zeit gespalten. Während eine zunächst einflussreichere Strömung darauf abzielte, die HIAG über Kontakte und Verhandlungen an das demokratische System zu binden und nicht zuletzt auch deren Wählerstimmen zu gewinnen, plädierten andere für eine rigorose Abgrenzung. Diese Haltung setzte sich allmählich durch, und es kam im Jahre 1981 zu einem Unvereinbarkeitsbeschluss.

Die Studie entfaltet die Fragestellung anhand dreier Vertiefungen: Debatten zu gesetzlichen Regelungen der Integration, wie etwa im Rahmen der Sozialgesetzgebung oder beim Zugang zur Bundeswehr, Auseinandersetzungen über öffentliche Veranstaltungen ehemaliger SS-Angehöriger sowie die Skandalisierung individueller SS-Vergangenheiten von politischen Entscheidungsträgern, Angehörigen der Sicherheitsbehörden oder von Personen aus Wirtschaft und Kultur. Als prägnantes Beispiel in diesem Zusammenhang ist

die Nachkriegskarriere des früheren Höheren SS- und Polizeiführers Heinz Reinefarth zu erwähnen. Reinefarth wurde im Jahre 1951 in das Amt des Bürgermeisters von Westerland (Sylt) gewählt. Trotz wiederholter parlamentarischer und außerparlamentarischer Initiativen verging jedoch mehr als ein Jahrzehnt, bis er das Amt schließlich abgeben musste.

Als Quellen nutzt der Verfasser insbesondere Veröffentlichungen in der nationalen und internationalen Tagespresse sowie gelegentlich auch TV-Sendungen. Archivalische Quellen tragen darüber hinaus dazu bei, die Analyse der Medienberichterstattung durch einen Blick hinter die Kulissen zu erweitern. Am Beispiel eines HIAG-Treffens im Jahre 1954 in Iserlohn etwa lässt sich auf diese Weise rekonstruieren, dass von Seiten der Politik zunächst massiv auf ein Verbot gedrängt worden war, die SS-Veteranen sich aber schließlich über die Einwände hinwegsetzten.

Mit Akribie hat Eichmüller Medienberichte über eine Vielzahl größerer und kleinerer derartiger Treffen und Veranstaltungen bis in die 1980er Jahre zusammengetragen. Auch wenn die Ausführungen ab und an etwas redundant wirken, lohnt sich das Vorgehen. Eine Erkenntnis besteht beispielsweise darin, dass bis in die 1960er Jahre von einer nur wenig hinterfragten Dauerpräsenz der Veteranen der Waffen-SS in der Öffentlichkeit gesprochen werden kann. Kritik wurde anfänglich im Wesentlichen von kommunistischen Splittergruppen geäußert und ließ sich so leicht zurückweisen. Erst nach den antisemitischen Vorfällen Ende 1959 und dem Eichmann-Prozess 1961 formierte sich allmählich ein breiter getragener Protest.

Eichmüllers Studie zu den Debatten zur SS nach 1945 stellt eine wichtige Bereicherung bei der Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik dar. Zum einen schließt sie bis dato bestehende Wissenslücken. Eine detaillierte Rechnung beispielsweise führt erstmals überhaupt nachvollziehbare Zahlen vor Augen. Danach lebten in der Bundesrepublik etwa 400.000 bis 500.000 Veteranen der Waffen-SS sowie 150.000 ehemalige Angehörige der Allgemeinen SS.

Die zweite wichtige Leistung besteht darin, dass der Verfasser umfassend nachzeichnet, wie die politischen Parteien, trotz innerer Auseinandersetzungen in dieser Frage, dennoch insgesamt versuchten, den früheren Angehörigen der SS – von signifikanten Ausnahmen abgesehen – durch gezielte Angebote sowie mehr oder weniger klare Grenzssetzungen den Weg in das demokratische Gemeinwesen zu ebnen. Je stärker aber die Verbrechen des NS-Regimes in die öffentliche Wahrnehmung gelangten, desto lauter erhoben sich kritische Stimmen. Die Debatten um die SS nach 1945 werden so zu einem Gradmesser für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik.

Karsten Wilke
Bielefeld

¹ Jan Erik Schulte, Michael Wildt (Hrsg.), *Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse*, Göttingen 2018.

»Westemigranten« im Visier



Mario Keßler

Westemigranten.

Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR

Köln u.a.: Böhlau, 2019, 576 S., € 65,-

Ehemalige »Westemigranten« standen in der DDR im Fokus der Überprüfung und des Misstrauens. Repressionen wie Berufsverbote, Haft und andere Schikanen erlitt besonders die Gruppe um die Bewegung »Freies Deutschland« in Mexiko, zu der auch Paul Merker gehörte. Sie spielt jedoch in Mario Keßlers Betrachtung nur eine untergeordnete Rolle. Eines seiner wichtigsten Ergebnisse sei daher vorweggenommen: »Westemigranten« waren nicht gleich »Westemigranten«. Der Autor konzentriert sich auf circa 50 Personen, die nach 1934 das nationalsozialistische Deutschland verlassen und in den USA Zuflucht gesucht hatten. Viele von ihnen waren Kommunisten mit oder ohne Parteibuch, einige darunter auch Juden. Keßler beschreibt deren politische Arbeit im Exil, ihre Vorstellungen für ein sozialistisches Nachkriegsdeutschland, ihre Bindungen an das Emigrationsland und das »kulturelle Gepäck« (S. 11), das sie nach der Rückkehr in die SBZ/DDR mitbrachten. Er zeigt somit Einflüsse von US-amerikanischer Kultur in der DDR, die man nicht vermutet hätte.

Zu den untersuchten Personen gehören prominente und weniger bekannte Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Linken. Den prosopographischen Ansatz bettet Keßler in den jeweiligen historischen Kontext ein, der sich stark von den später in der SED und DDR-Staatsführung tonangebenden Rückkehrern aus der Sowjetunion unterschied. Gemeinsam war den »Westemigranten« in die USA, dass sie ihr Exilland nicht frei gewählt hatten. Die meisten hatten Deutschland schon in der Frühphase des NS-Terrors verlassen und waren über zahlreiche Zwischenstationen in Prag, der Schweiz, Spanien, Dänemark und Frankreich in die Vereinigten Staaten gekommen. In welcher Weise sie bereits Opfer von Verfolgung, Haft und Folter geworden waren und wie sie es angesichts ihrer politischen Aktivitäten überhaupt ermöglichen konnten, in die USA einzureisen, mag sie unterschieden haben, wird von Keßler jedoch kaum thematisiert.

Als politische Sammelbecken für die KPD- und SPD-nahen Emigranten galten das *Deutsche Volksecho*, dessen Redakteur Stefan Heym zeitweise war, und der »Council for a Democratic Germany«, dem Paul Tillich vorstand. Eine Anbindung auch der zuvor in der KPD organisierten Emigranten an die Kommunistische Partei

der USA unterblieb in den meisten Fällen, weil die Partei in sich tief gespalten war. Unter diesen Umständen und unter dem Druck erschwelter Erwerbsmöglichkeiten blieb die politische Arbeit der Exilanten marginal. Auch die von amerikanischen Kommunisten gegründete »Unabhängige Gruppe Deutscher Emigranten« mit der Zeitung *The German American* war nur eine vorübergehende Erscheinung. Sie wollte die Diskrepanz zwischen jüdischen und nichtjüdischen Emigranten verringern. Angesichts der Spaltung der verschiedenen Gruppen in ihrer Haltung zur Sowjetunion war an ein gemeinsames Programm für die deutsche Nachkriegsgesellschaft nicht zu denken, zur Gründung eines Ablegers des »Nationalkomitees Freies Deutschland« in den USA nach Moskauer Vorbild kam es ebenfalls nicht. Das maßgebliche Element für die sehr fragile gemeinsame politische Haltung blieb daher die Konzentration auf den gemeinsamen politischen Feind, der ursprünglich im nationalsozialistischen Deutschland, zusehends jedoch in den US-amerikanischen Sicherheitsbehörden gesehen wurde. Diese nahmen ab 1942 unter dem Vorwand der Ausschaltung deutscher Spionage verschärft Überwachungen der linksgerichteten Exilanten vor. Keßler veranschaulicht die zugespitzte Situation unter anderem am Beispiel der Verleumdung von Gerhard Eisler und Bertold Brecht durch Eislers Schwester Ruth Fischer, worin sich Linienkämpfe, Enttäuschungen, Verrat und erneute Verfolgung verdichteten.

So wundert es nicht, dass für die »Westemigranten« nach ihrer Rückkehr ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich war. Im Unterschied zu den Moskau-Remigranten entwickelte sich unter ihnen ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass die Erfahrungen ihrer Exilzeit in der DDR nicht gefragt waren. Zwar geriet keiner der USA-Auswanderer in den Strudel der verschärften Parteisäuberung, aber gerade die politisch Aktiven spürten den Druck der nun geforderten absoluten Parteitreu. Wer also gut beraten war, stellte seine Erfahrungen in der Emigration nicht in den Vordergrund seiner Biographie. Trotz aller Skepsis gab es jedoch bereits in den 1950er Jahren unmittelbar nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 Möglichkeiten, sich im kulturellen Bereich mit den USA auseinanderzusetzen. Die Zeitschrift *Magazin* konnte ab 1954 auch Beiträge über US-amerikanische Verhältnisse jenseits des Agitationsjargons publizieren und öffnete den DDR-Bürgern ein Tor zur Welt.

Grundsätzlich hält sich Keßler mit übergreifenden Analysen zurück. Die Erzählung setzt sich aus den vielen Einzelbiographien zusammen, die jede für sich genommen wohl schon je ein Buch gefüllt hätte. Es ist ein wenig mühsam, dabei den roten Faden der Untersuchung nicht zu verlieren, dennoch machen die unterschiedlichen Lebensgeschichten die Vielschichtigkeit der Untersuchung aus.

Katharina Rauschenberger
Fritz Bauer Institut

NS-Strafverfolgung in der DDR



Henry Leide

*Auschwitz und Staatssicherheit.
Strafverfolgung, Propaganda und
Geheimhaltung in der DDR*
(BF informiert, Heft 40)
Berlin: BStU, 2019, 325 S.,
Schutzgebühr € 5,-

Nur zu gern präsentierte sich die DDR seit ihrer Gründung als antifaschistischer Staat, der, wie es die Verfassung von 1968 nochmals bekräftigte, »den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet« habe. Die Bundesrepublik hingegen galt als Bastion der finsternen Reaktion, der Faschisten und imperialistischen Kriegstreiber, weshalb die SED-Propaganda seit Mitte der 1950er Jahre die politische Instrumentalisierung von NS-Belastungen in den Mittelpunkt der Systemkonkurrenz um internationale Anerkennung rückte.

Tatsächlich jedoch wollte man auch in der DDR – wie in der Bundesrepublik – die Bevölkerung nicht mehr mit einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus belasten. Das schlug sich auf die Strafverfolgung von NS-Verbrechen nieder. 1951 ergingen in der DDR noch 332 Urteile, 1952 fiel die Zahl auf 139, um in den folgenden Jahren auf 85, 36 und 23 abzusinken. Den absoluten Tiefpunkt stellten die Jahre 1956 bis 1958 mit insgesamt nur noch vier Urteilen dar. Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Strafverfolgung der im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz begangenen Verbrechen wider. Bis zur Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949 fanden vor ostdeutschen Gerichten 20 Verfahren statt, danach wurden bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 nur mehr 15 Auschwitz-Täter verurteilt, fast alle bis Mitte der 1950er Jahre. Danach gab es nur noch zwei Gerichtsverfahren.

1964 fand vor dem Bezirksgericht Erfurt der Prozess gegen den SS-Wachmann Hans Anhalt statt, von dem die Behörden bereits seit 1951 wussten, dass er »Häftlingen die Goldzähne ausgeschlagen« und sich auch persönlich bereichert haben soll. Doch erst im Oktober 1961, als in Jerusalem der Eichmann-Prozess stattfand, nahm das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unter dem Decknamen »Eichmann« konspirative Ermittlungen auf, die ein Jahr später zur Verhaftung führten. In Vernehmungen erklärte Anhalt ungerührt: »Ich habe während meiner Dienstzeit im KZ Auschwitz überhaupt keine Verbrechen begangen. Zumindest sehe ich das Erschießen, Töten, Schlagen und Misshandeln von Häftlingen im KZ Auschwitz nicht als Verbrechen an. Ich habe lediglich dort meine Pflicht als Nationalsozialist erfüllt und manchmal aus eigenem Interesse dazu

beigetragen, die Vernichtung der Juden zu beschleunigen.« Angesichts des laufenden ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, den die SED-Propaganda in Zusammenarbeit mit dem Nebenkläger Friedrich Karl Kaul zu einem Tribunal gegen den IG-Farben-Konzern, dem Monopolkapital als Steigbügelhalter des Faschismus, umfunktionieren wollte, war jedoch ein öffentliches Gerichtsverfahren nicht mehr opportun. Weshalb Anhalt, wie von MfS-Minister Erich Mielke gewünscht, in einem geheim gehaltenen Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Hierzu mag auch beigetragen haben, dass Anhalt von dem Frankfurter Schwurgericht vergeblich als Zeuge geladen worden war.

Trotz der im Vergleich zur Bundesrepublik erheblich einfacheren rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgten auch später keine systematischen Ermittlungen. 1966 war das Verfahren gegen Horst Fischer, den SS-Lagerarzt von Auschwitz-Monowitz, der bis dahin als angesehener Landarzt in der ostbrandenburgischen Provinz gewirkt hatte, nicht nur das letzte Auschwitz-Verfahren, sondern auch das letzte Verfahren wegen NS-Verbrechen vor dem Obersten Gericht der DDR. Von 1959 bis zum Untergang der DDR 1989 verurteilte die DDR-Justiz insgesamt nur mehr 120 Personen wegen NS-Verbrechen, wobei diese Prozesse in aller Regel ohne größere Berichterstattung stattfanden. Zuständig für Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf NS-Verbrechen war das Ministerium für Staatssicherheit. Wie in anderen Bereichen der politischen Strafjustiz galt hier nicht das Legalitätsprinzip, sondern das der politischen bzw. »operativen« Opportunität. In zahlreichen Fällen kam es deshalb trotz eindeutiger Verdachtsmomente zu keiner Anklage. Leide dokumentiert dieses willkürliche Vorgehen an sechs penibel recherchierten Beispielen. Darunter befanden sich auch drei Personen, die nach MfS-Erkenntnissen unmittelbar an Selektionen und Misshandlungen im Vernichtungslager Auschwitz mitgewirkt hatten; zwei von ihnen warb man allerdings als Inoffizielle Mitarbeiter an.

Es ist dieses Spannungsverhältnis zwischen partieller Strafverfolgung und bewusster Unterlassung, das einen tiefen (und erschreckenden) Einblick in den instrumentellen Umgang mit den NS-Verbrechen gibt. Tatsächlich war die DDR wie die Bundesrepublik als ein Nachfolgestaat des »Dritten Reiches« in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert. Auch sie musste das Millionenheer ehemaliger NSDAP-Mitglieder integrieren und auf die populäre Schlusstrichmentalität innerhalb der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Eine tabellarische Übersicht aller Auschwitz-Verfahren in der SBZ/DDR sowie ein Orts- und Personenregister runden diesen verdienstvollen – und infolge großer Nachfrage inzwischen bereits in einer korrigierten Neuauflage publizierten – Band aus der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ab.

Clemens Vollnhals
Dresden

Deutsch-jüdische Begegnungen

Bettina Bannasch / Michael Rupp (Hg.)

Rückkehrerzählungen
Über die (Un-)Möglichkeit nach 1945 als Jude
in Deutschland zu leben



**Bettina Bannasch,
Michael Rupp (Hrsg.)**

Rückkehrerzählungen.

*Über die (Un-)Möglichkeit nach 1945 als
Jude in Deutschland zu leben*

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht,
2018, 238 S., € 40,–



**Stefanie Fischer, Nathanael Riemer,
Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.)**

*Juden und Nicht-Juden nach der Shoah.
Begegnungen in Deutschland*

Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg,
2019, 226 S., € 79,95

Die Forschung zur Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945 ist seit langem breit entfaltet. Dabei ist die Tendenz nicht zu übersehen, »die Juden«, die im Land der Täter blieben oder aus Osteuropa nach Deutschland gelangten, als Kollektiv zu beschreiben. Individuen geraten oft nur in den Blick, wenn es um die große Politik, die deutsch-israelischen Beziehungen oder um Skandale ging. Viele Arbeiten zur Geschichte jüdischer Remigration haben zwar auch Einzelschicksale von Exilanten und Rückkehrern behandelt, doch ging es hier meist um ohnehin bekannte jüdische Intellektuelle. Zwei neue Publikationen präsentieren jetzt unterschiedliche Perspektiven auf die deutsch-jüdische Nachkriegsgeschichte und spüren dabei vor allem individuellen Erfahrungen und Begegnungsgeschichten nach.

Der Sammelband *Rückkehrerzählungen*, hervorgegangen aus der 2015 veranstalteten Abschlusstagung eines Kooperationsprojekts des Franz Rosenzweig Minerva Research Centers for German-Jewish Literature and Cultural History in Jerusalem mit der Universität Augsburg, fragt nach der literarischen Verarbeitung von Exil- und Remigrationserfahrungen, wobei allerdings die porträtierten Exilanten zum großen Teil gar nicht nach Deutschland zurückgekehrt waren. Die Autorinnen und Autoren, über deren Arbeitsgebiete und Forschungsprojekte der Band leider keine Informationen liefert, identifizieren ganz unterschiedliche Verknüpfungen zwischen Biographie, Erfahrung und literarischem Werk. Während die Schriftstellerin, Philosophin und Literaturtheoretikerin Margarete Susman, die jede Möglichkeit eines deutsch-jüdischen Dialogs nach 1933,

und erst recht nach 1945, als unmöglich ansah, auch in ihren Texten fortan eine »Poetik des Exils« (S. 143) entwickelte, konnte Hannah Arendt ihre Distanzierung gegenüber dem Nachkriegsdeutschland, das sie Ende 1949 erstmals wieder besuchte, in ihrem berühmten »Report from Germany« nur durch die Vermeidung jeden persönlichen Ausdrucks vermitteln.

Die Beiträge verhehlen ihren Vortragscharakter nicht, und sie gehen thematisch über die im Untertitel bezeichnete »(Un-)Möglichkeit, nach 1945 als Jude in Deutschland zu leben«, hinaus. So beispielsweise Jan Kühnes interessanter Aufsatz, der die von dem Schriftsteller und langjährigen Leiter des zionistischen Kongressgerichts Sammy Gronemann 1904 in einer Kurzgeschichte literarisch vorweggenommene »Heimkehr« des Leichnams Theodor Herzls nach Palästina/Israel behandelt, die 1949 schließlich tatsächlich stattfand.

Auch der ebenso lesenswerte Beitrag Yonatan Shiloh-Dayans berührt das Thema des Bandes eher am Rande. Hier geht es um eine Gruppe deutschsprachiger, politisch links stehender Juden um Ernst Loewy, Arnold Zweig, den Berliner Kunsthistoriker und Schauspieler Arnold Czempin und andere, die während des Zweiten Weltkriegs in Palästina lebten und eine Rückkehr nach Kriegsende durchaus planten. Zwar gingen schließlich einige der Gruppenmitglieder tatsächlich nach Deutschland zurück, doch das steht nicht im Mittelpunkt des Aufsatzes, der vielmehr die Geschichte der deutschsprachigen »antifaschistischen Revue« behandelt, die unter dem Namen *Heute und Morgen* von 1943 bis 1945 in Palästina erschien und um die herum die Gruppe ihren Diskussionszirkel organisierte.

Der Band bereichert das Bild der Remigrationsforschung dadurch, dass neben prominenten Intellektuellen wie Jean Améry und Hans Mayer auch weithin vergessene Exilanten behandelt werden. Der Schriftsteller und Journalist Rudolf Kayser beispielsweise, Schwiegersohn Albert Einsteins und ab 1922 mehr als ein Jahrzehnt leitender Redakteur der Berliner *Neuen Rundschau*, blieb, aller Sehnsucht nach Deutschland zum Trotz, in seinem US-amerikanischen Exil, publizierte aber als Professor für Deutsche und Vergleichende europäische Literaturgeschichte und Philosophie zum Teil weiterhin in deutscher Sprache.

Sebastian Schirrmeister befasst sich mit Amos Oz, der in seinem Roman *Ein anderer Ort* (1966) gegen das seinerzeit in Israel vorherrschende »Master-Narrativ« (S. 161) des Zionismus anschrieb und offen die Möglichkeit einer Rückkehr nach Deutschland thematisierte. Dieser und zwei weitere Beiträge unterstreichen, dass sich die Frage nach der Möglichkeit jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland nicht nur für die Überlebenden, sondern auch für nachfolgende Generationen stellte.

Auch die Beiträge des Bandes *Juden und Nicht-Juden nach der Shoah* beruhen auf einer Tagung von 2015, veranstaltet vom Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Deutlich inspiriert von Atina Grossmanns Arbeit zur Begegnungsgeschichte von »Juden, Deutschen, Alliierten« behandeln die Texte diverse

Formen von »Begegnungen« zwischen Juden und Nicht-Juden, vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit, aber vereinzelt auch bis in die 1990er Jahre. Wiederum spielen Intellektuelle und ihre künstlerische Verarbeitung von Erfahrungen eine Rolle, so in Irmela von der Lühes Beitrag über Nelly Sachs, Fritz Kortner und andere »jüdisch-deutsche Begegnungen in Literatur und Theater der Nachkriegszeit«. Und auch Beiträge dieses Bandes stützen sich auf schriftlich niedergelegte Beobachtungen, die Intellektuelle wie Kurt Grossmann, Hannah Arendt oder Marta Feuchtwanger bei ihren Besuchen in Deutschland machten.

Breiten Raum nehmen aber auch die sogenannten »kleinen Leute« und ihre Erfahrungen ein, die sie vor allem in der deutschen Provinz sammelten. Anna Junge steuerte einen Text über »jüdisch-nichtjüdische Konfrontationen im ländlichen Hessen« bei, und Froukje Demant behandelt die deutsch-niederländische Grenzregion. Immer wieder wird dabei anschaulich, wie nah harmonisch verlaufende Begegnungsgeschichten neben verstörenden Begegnungen mit einstigen Verfolgern stehen konnten, wie bruchlos antisemitische Ressentiments und überschwängliche Bereitschaft zur »Versöhnung« kombinierbar waren. In der sozialen Kleinräumigkeit von Dörfern und Kleinstädten galt dabei nicht anders als in der Großstadt, dass die Verantwortung der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft für die

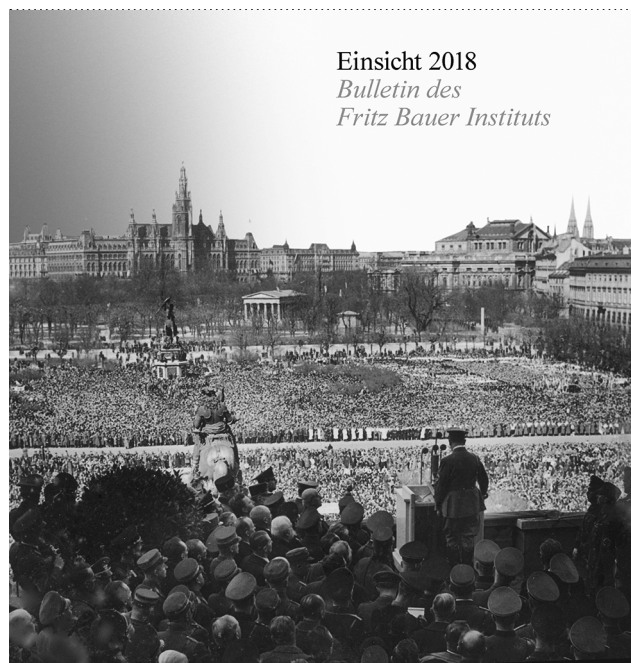
Katastrophe der Shoah von Seiten der Nichtjuden konsequent ausgeklammert und durch Schweigen überdeckt wurde.

Selbst die seit den frühen 1950er Jahren in der Bundesrepublik intensivierte »christlich-jüdische Zusammenarbeit« sparte die brisante Verbrechenserfahrung in ihrer hermetischen und zurückhaltenden Sprache zumeist aus und konnte sowohl in eine Verklärung Israels und des Judentums münden als auch zu einem »Versöhnungsdiktat« (Irmela von der Lühe, S. 130) werden, wo Nichtjuden in vereinnahmender Form die Forderung nach Versöhnung erhoben, beispielsweise, wenn 1965 die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Nelly Sachs offiziell damit begründet wurde, Sachs' Werk versöhne »ohne Widerspruch Deutsches und Jüdisches«.

Es ist die Stärke dieses Bandes, die Heterogenität sowohl der Juden als auch der Nichtjuden, die sich in den Jahrzehnten nach der Shoah in Deutschland begegneten, sich in alltäglichen, aber auch in hoch formalisierten Situationen miteinander auseinandersetzten oder sich sorgsam aus dem Wege gingen, breiter auszuleuchten. Es ist zu hoffen, dass manches, was hier noch als Projektskizze erscheint, weiter ausgearbeitet wird.

Tobias Freimüller
Fritz Bauer Institut

Anzeige



Einsicht 2018
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*

Fritz Bauer Institut
*Geschichte und Wirkung
des Holocaust*

Die Radikalisierung der NS-Judenpolitik 1938
Österreich, das »Altreich« und das Sudetenland
Der Holocaust in europäischen Geschichtsmuseen
Polen, Kroatien, Tschechien

Fritz Bauer Institut *Geschichte und Wirkung des Holocaust*

Hier könnte Ihre
Anzeige stehen!

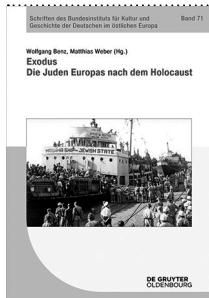
Formate und Preise

Doppelseite	460 x 295 mm + Beschnitt	1.090,–
Umschlagseite U4	230 x 295 mm + Beschnitt	950,–
Umschlagseite U2 / U3	230 x 295 mm + Beschnitt	850,–
Ganzseitige Anzeige	230 x 295 mm + Beschnitt	690,–
1/2-seitige Anzeige vertikal	93 x 217 mm	390,–
1/2-seitige Anzeige horizontal	192 x 105,5 mm	390,–
1/4-seitige Anzeige vertikal	93 x 105,5 mm	270,–

Auflage: 4.500 Exemplare, Preise in Euro, zuzügl. gesetzl. MwSt.

Kontakt: Tel.: 069.798 322-40, anzeigen@fritz-bauer-institut.de

Emigration nach dem Zweiten Weltkrieg



Wolfgang Benz, Matthias Weber (Hrsg.)

Exodus.

Die Juden Europas nach dem Holocaust

Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg, 2017,
183 S., € 39,95

Die bedingungslose Kapitulation NS-Deutschlands markierte für Holocaust-Überlebende das Ende der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, ging jedoch auch mit Entwurzelung, Vertreibung, Flucht und Neuanfang einher. Mit diesen Aspekten jüdischen Lebens in der unmittelbaren Nachkriegszeit befasst sich der vorliegende Sammelband, der auf eine Konferenz in der Berliner Topographie des Terrors im Januar 2017 zurückgeht.

Nach Kriegsende waren Holocaust-Überlebende und jüdische Rückkehrer vielerorts mit antisemitischen Ressentiments konfrontiert, so vor allem in Ländern Osteuropas. Einen traurigen Höhepunkt erreichte der Nachkriegsantisemitismus im polnischen Kielce, wo im Juli 1946 insgesamt 42 Juden ermordet und viele weitere schwer verletzt wurden. Nachrichten über die erschütternden Geschehnisse verbreiteten sich umgehend und führten zu einem jüdischen Massenexodus aus Polen. Nach Angelika Königseder erreichten allein in den Folgemonaten des Pogroms rund 16.000 Personen Berlin, das für jüdische Flüchtlinge eine wichtige Durchgangsstation war.

Viele Menschen, die nicht umgehend emigrieren konnten, verharren als sogenannte Displaced Persons (DPs) zunächst in speziellen Lagern, die man in den westlichen Besatzungszonen sowie in Österreich, Italien und Frankreich installiert hatte. Diese DP-Camps avancierten zu »Wartesälen«, ehe sich die Möglichkeit einer Ausreise und somit des Neubeginns ergab. Eine ähnliche Transitstation befand sich auch jenseits des europäischen Kontinents, wie Miriam Bistrovics Beitrag über das Ende des jüdischen Exils in Schanghai unterstreicht. Die Stadt, für die es vor Beginn des Zweiten Weltkrieges keine Einreisequote gab, sei für die rund 18.000 bis 20.000 jüdischen Flüchtlinge »nie als dauerhaftes Ziel geplant gewesen« (S. 68).

Die Mehrzahl jüdischer Exilanten und Holocaust-Überlebender beabsichtigte die Auswanderung nach Übersee. Neben Palästina und dem seit Mai 1948 bestehenden Staat Israel waren vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Australien und Länder in Südamerika Ziele jüdischer Emigration. Trotz restriktiver Immigrationsbestimmungen der britischen Mandatsmacht gelang mehreren Zehntausend Menschen die illegale Einreise nach Palästina. Dies war

hauptsächlich das Verdienst der jüdischen Fluchthilfeorganisation Bricha, die die illegale Flucht organisierte. Wie der Band verdeutlicht, bestanden aber auch in anderen Staaten zum Teil hohe Einwanderungshürden. Juliane Wetzel behandelt die jüdische Auswanderung in die USA und beschreibt deren restriktiven Einwanderungsbestimmungen für jüdische DPs. Obgleich diese seit Kriegsende stetig gelockert wurden, standen Quoten einer Einwanderung in größerem Stil entgegen. 1950 erfolgte zwar eine Gesetzesänderung, die jedoch mit nur marginalen Erleichterungen für jüdische DPs einherging. Eine ähnliche Situation herrschte auch in Australien vor, wo zunächst Quoten- und Auswahlregelungen die Einwanderung erschwerten. Das Kriegsende habe jedoch in der Immigrationspolitik Australiens eine Zäsur dargestellt. »Schrittweise«, so Konrad Kwiet, »wurden [...] die Einwanderungstore geöffnet.« (S. 107)

Das nachfolgende Kapitel widmet sich einem anderen geographischen Schauplatz: Mittel- und Osteuropa. Während Markus Winkler die Geschichte der Juden in Czernowitz nach 1944 nachzeichnet, beschreibt Ladislau Gyémánt das Schicksal der jüdischen Bevölkerung Rumäniens nach dem Holocaust. Beiden Autoren gelingt es, unterschiedliche Phasen jüdischer Nachkriegsemigration angesichts der kommunistischen Herrschaft herauszuarbeiten.

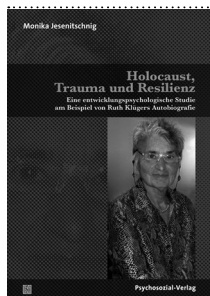
Auch der letzte Beitrag thematisiert den Exodus, allerdings jenen der Täter. Wolfgang Benz zeichnet nach, wie Würdenträger der katholischen Kirche NS-Tätern zur Flucht verhelfen und ihnen damit ermöglichten, sich der Strafverfolgung zu entziehen. Beliebte Fluchtorte waren Länder in Südamerika; hierbei bildete Südtirol das Drehkreuz des »Tätertransfers«. Eine besondere Rolle im katholischen »Nazihilfswerk« (S. 165) nahm Bischof Alois Hudal ein, der hochrangigen NS-Schergen Hilfestellung leistete.

Der vorliegende Sammelband bietet ein breites Panorama jüdischer Nachkriegsgeschichte und zeigt zahlreiche Facetten des Exodus auf. Das Buch ist sehr gut lektoriert, nur an wenigen Stellen haben sich inhaltliche Ungenauigkeiten eingeschlichen. So ist etwa irrtümlich von »Reichskommissariat für die Förderung (statt Festigung) deutschen Volkstums« (S. 131) die Rede. Positiv hervorzuheben ist die inhaltliche Breite des behandelten Themenkomplexes. Ein Beitrag von Markus Bauer über die vertriebenen nichtjüdischen Bukowinadeutschen und der genannte Aufsatz zu den Holocaust-Tätern verdeutlichen auch, dass sich die Nachkriegsstationen von Opfern und Tätern nicht selten kreuzten. Alles in allem ein gelungener Band, der uneingeschränkt empfohlen werden kann.

Melanie Hembera

Tübingen

Wunden, die nicht heilen



Monika Jesenitschnig
Holocaust, Trauma und Resilienz.
Eine entwicklungspsychologische
Studie am Beispiel von Ruth Klügers
Autobiografie
Gießen: Psychosozial-Verlag, 2018,
264 S., € 32,90

Wie vermag man zu erklären, dass einige Menschen an der Shoah zerbrochen, während andere scheinbar ungebrochen daraus hervorgegangen sind? In den 1990er Jahren entstand in der Psychiatrie der Begriff der Resilienz bzw. der Salutogenese. Hauptorientierungspunkt hierfür bleibt Hans Keilson's Studie zur sequentiellen Traumatisierung¹. Diese hatte der niederländische Überlebende 69-jährig abgeschlossen. Die Bewältigung schwerster, vorsätzlich herbeigeführter Traumatisierungen, so Keilson, bleibe eine lebenslange, niemals endende Herausforderung.

Die 1931 in Wien geborene Literaturwissenschaftlerin Ruth Klüger mag in der Öffentlichkeit als eine Persönlichkeit erscheinen, die die Shoah »bewältigt« hat. Die Germanistin Monika Jesenitschnig hat mit *Holocaust, Trauma und Resilienz* eine umfangreiche entwicklungspsychologische Studie über Ruth Klügers Biographie vorgelegt, die mit großem Gewinn zu lesen ist. In feinfühler, systematischer Weise analysiert die Autorin, nachdem sie in einem theoretischen Teil die Salutogenese behandelt hat, Ruth Klügers literarisches Gesamtwerk im Kontext ihrer Vulnerabilität. Ihre Texte seien von einer »radikalen Aufrichtigkeit« (S. 129). Klüger hat Auschwitz überlebt und wurde, für sie selbst völlig überraschend, im fortgeschrittenen Alter eine anerkannte Schriftstellerin.

Klüger musste ab 1937 in Wien in vier Jahren acht jüdische Schulen besuchen, aus denen immer mehr Kinder und Lehrer »verschwanden«. Das letzte Jahr war für sie ein Gefängnis; das Auswendiglernen und innere Rezitieren deutscher Klassiker wurde zur inneren Zuflucht. 1942 wurden sie und ihre Mutter nach Theresienstadt deportiert, im Mai 1944 nach Auschwitz. Als Form der Selbstbehauptung beharrte Klüger auf ihrem jüdischen Vornamen. Sie entging der Selektion, indem sie sich als 15-jährig und arbeitsfähig ausgab. Auf den Todesmärschen gelang ihr die Flucht.

In Freiheit schrieb sie im Alter von 16 Jahren Gedichte über den Schrecken, lokale Zeitungen publizierten sie. Sie studierte in Regensburg, wäre gern als Zionistin mit einem Kindertransport allein nach Palästina gegangen. Ihre Mutter aber beharrte darauf, dass man ein Kind nicht von seiner Mutter trennen dürfe. 1947 emigrierte sie in die USA. Es folgte ein Studium der Anglistik. Klüger heiratete und bekam zwei Söhne, ließ sich aber scheiden, weil sie sich als Frau eingeeengt fühlte.

Immer wieder machte sie ambivalente Erfahrungen: Der Abschied von ihrem Vater, der in Auschwitz ermordet wurde, beschäftigte sie: »Mein Vater ist zum Gespenst geworden. Unerlöst geistert er.« (S. 140) In ihrer Verlassenheit stand ihr niemand bei. In Theresienstadt hatte sie als Jüngste mit 30 Mädchen in einem Kinderheim gelebt. Nun fühlte sie sich als Jüdin und erfuhr, »was dieses Volk sein konnte, zu dem ich mich zählen durfte, mußte, wollte«. (S. 149) In ihrer Geburtsstadt Wien hingegen hatte sie sich »versponnen, abgeschottet, verklemmt« (S. 151) gefühlt. Der Schrecken von Auschwitz blieb in ihrer Erinnerung »ein Fremdkörper in der Seele« (S. 152).

1944 in Birkenau machte ihr die Mutter den Vorschlag, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Die Zwölfjährige war empört und vermag dies nicht zu verzeihen: »Wir haben nie wieder darüber gesprochen.« (S. 152) Jahrzehnte später als Mutter, so schrieb sie in ihrer Autobiographie, hätte sie einen solchen Suizid »möglicherweise mit größerer Konsequenz durchgeführt«. (S. 153)

Das Lesen und innere Rezitieren von Gedichten blieb in Auschwitz Ruth Klügers seelische Zuflucht. Ein Mithäftling schenkte ihr ein halb zerrissenes Lesebuch: »Ich war selig« (S. 162).

In den USA brachen ihre Traumatisierungen immer wieder auf, gerade wenn sie beruflich erfolgreich war. Sie wurde von Todessehnsucht überrollt. Lesen erfuhr sie als Rettung vor ihrer Empörung über das gesellschaftliche Schweigen. Und immer wieder erlebte sie Zurückweisungen: In den USA waren ihre KZ-Gedichte »nicht salonfähig« (S. 176), ihre eintätowierte Häftlingsnummer störte den gesellschaftlichen Verdrängungsprozess in der Öffentlichkeit.

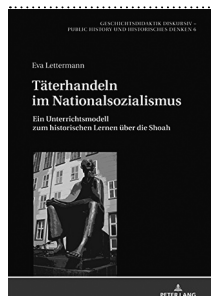
1992 erschien Klügers Autobiographie *weiter leben*. In Deutschland verstand man ihre Erinnerungen als eine »Versöhnung«. Dies wies sie zurück: »Ich bin nicht befugt, den Mord an anderen Menschen zu verzeihen.« (S. 211) Das antisemitische Buch *Tod eines Kritikers* (2002) ihres Studienfreundes Martin Walser empörte sie, sie las es als »Gift, das Dir aus der Feder floß« (S. 212). Als Jüdin sei sie von seiner Darstellung »betroffen, gekränkt, beleidigt«. (S. 212)

Ruth Klüger hat die erstaunliche Fähigkeit entwickelt, sich Deutschland und Österreich noch einmal anzunähern. Immer wieder zeigte man ihr, »daß wir nicht dazugehörten« (S. 216). Wien blieb die Wunde, die nicht heilen kann. In dem Gedicht »Wiener Neurose« schreibt sie: »Ich bin im Hause des Henkers geboren. Naturgemäß kehr ich wieder.« (S. 221)

Roland Kaufhold
Köln

¹ Hans Keilson, *Sequentielle Traumatisierung. Deskriptiv-klinische und quantifizierend-statistische follow-up Untersuchung zum Schicksal der jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden*, Gießen 2001.

Täterhandeln als Lerngegenstand



Eva Lettermann

*Täterhandeln im Nationalsozialismus.
Ein Unterrichtsmodell zum historischen
Lernen über die Shoah*

Berlin u.a.: Peter Lang Verlag, 2018,
501 S., € 84,95

Das Handeln von fünf Tätern und einer Täterin aus der deutschen Besatzungsverwaltung in den Niederlanden zwischen 1940 und 1945 steht im Zentrum eines Unterrichtsmodells für die Sekundarstufe II, das Eva Lettermann entwickelt hat. Die Autorin ist als Geschichtslehrerin am Gymnasium und in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung tätig. Zu ihrem Dissertationsprojekt motiviert wurde sie durch eigene familienbiographische Forschungen über ihren Großonkel Franz Fischer, der als Sachbearbeiter im sogenannten Judenreferat IV B4 des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) in Den Haag tätig war und nach dem Krieg als einer der »Zwei von Breda« in den Niederlanden insgesamt 40 Jahre im Gefängnis verbrachte. Neben ihrer familienbiographischen Perspektive hat Lettermann die Lebensläufe der sechs Protagonisten und deren Tätigkeit in der niederländischen Besatzungsverwaltung ebenso gründlich recherchiert wie die Geschichte ihrer strafrechtlichen Verfolgung nach 1945. Zudem hat sie ein didaktisch-normativ fundiertes Unterrichtsmodell entworfen und seine Erprobung im Unterricht reflektiert.

Nach einem Überblick über die fachwissenschaftliche Täterforschung von 1945 bis heute (Kapitel 2) stellt die Autorin fachdidaktische Grundlagen im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit individuellem nationalsozialistischem Täterhandeln im Unterricht dar (Kapitel 3). Darauf aufbauend profiliert sie ihr Unterrichtsmodell theoretisch, dem sie das Kompetenz-Strukturmodell der FUER-Gruppe¹ zugrunde legt. Identitätsreflexion durch Subjektorientierung und Menschenrechtserziehung sind weitere Pfeiler ihres Modells. Besonders instruktiv sind die Ausführungen zu dem Konzept der kognitiven Empathie. In Anlehnung an Noa Mkayton und den Psychologen Paul Ekman führt Lettermann aus, dass es darum gehe, zu »erkennen, was ein anderer fühlt, anstatt zu fühlen, was der andere fühlt« (S.166 f.).

Den umfangreichsten Teil der Arbeit bildet das Kapitel 4, das die Lebensläufe und das Wirken der sechs »Schreibtischtäter« in den historischen Kontext der Besatzungszeit in den Niederlanden einordnet. Von Interesse ist auch, was die sechs Personen wann über

die nationalsozialistischen Massenmorde gewusst haben und wie sie mit Schuld umgingen. In einem Exkurs widmet Eva Lettermann sich dem fachwissenschaftlichen Diskurs über das Familiengedächtnis und ordnet aus subjektorientiert-reflexiver Perspektive ihre eigenen Erfahrungen und Beobachtungen in den Forschungsstand ein.

Der Kern des Unterrichtsmodells ist die Auseinandersetzung mit den beschriebenen Tätern und der Täterin, zu denen Lettermann Materialpakete erstellt hat. Diese sind multiperspektivisch angelegt und bestehen aus Selbstzeugnissen und Quellen aus der Besatzungszeit, aus schriftlichen Darstellungen ebenso wie aus Photographien, Filmen und Audiodateien.

Die Schülerinnen und Schüler sollen mithilfe der Materialpakete ein differenziertes »Täterprofil« erstellen. Der Fokus liegt dabei auf Brüchen im Lebenslauf, Dilemmata, Handlungs- und Entscheidungsspielräumen und darin befindlichen Ambivalenzen, Grauzonen und Inkonsistenzen. Bei dem Vergleich der Täterprofile zahlt es sich aus, dass die sechs Personen zwar auf unterschiedlichen Hierarchieebenen, aber alle im selben Handlungskontext tätig waren. Besonders interessant ist die Biographie Hans Calmeyers, der durch die Anerkennung gefälschter Abstammungsnachweise etwa 3000 als Juden verfolgten Menschen das Leben rettete und heute in der Gedenkstätte Yad Vashem als »Gerechter unter den Völkern« geehrt wird. Schließlich sollen die Schülerinnen und Schüler das erworbene Wissen auf einen Gegenwartsbezug hin reflektieren mit dem Ziel, dass sie gegenwärtige Entscheidungs- und Handlungsspielräume wahrnehmen und nutzen.

Mithilfe der in Kapitel 3 beschriebenen didaktischen Zugriffe stellt Lettermann ausführlich und überzeugend dar, wie anhand des von ihr konzipierten Unterrichtsmodells historisches Denken und Lernen gelingen kann. Hier wird der Hybridcharakter ihrer Studie besonders deutlich, da sie nun die fachdidaktische Theorie mit den historischen Fallbeispielen und ihren Erfahrungen bei der Durchführung des Unterrichtsmodells miteinander verbindet. Sie ergänzt ihre Reflexion mit einem eigenen Praxisbericht und der Auswertung von Schülerfeedbackbögen.

In der Gesamtschau fällt bisweilen die Wortwahl der Studie negativ auf, etwa, wenn der Begriff »Rüstungsjuden« (S. 253) ohne Anführungsstriche gebraucht wird. Insgesamt, aber vor allem mit ihren grundlegenden didaktisch-normativen Überlegungen, ist die Arbeit ein wichtiger Beitrag zur Frage, wie Täterhandeln zum Lerngegenstand im Geschichtsunterricht werden kann. Bedauernd ist, dass das Unterrichtsmodell aufgrund seines Umfangs und des anspruchsvollen Niveaus nur im Geschichtsleistungskurs oder in Zusatzkursen durchgeführt werden kann. Es wäre zu begrüßen, wenn das Unterrichtsmaterial veröffentlicht und Teile davon auch für die Mittelstufe aufbereitet würden, andernfalls bliebe es ein erkenntnisreiches Projekt, das nicht breitenwirksam wird.

Sophie Schmidt
Frankfurt am Main

¹ Förderung und Entwicklung von reflektiertem Geschichtsbewusstsein.

Blick in den Gerichtssaal



**Annette Ramelsberger, Wiebke Ramm,
Tanjev Schultz, Rainer Stadler**

Der NSU-Prozess. Das Protokoll

München: Verlag Antje Kunstmann, 2018,
5 Bände im Schuber, 2.000 S., € 80,-

Der Strafprozess über die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) vor dem Oberlandesgericht München umfasste zwischen Mai 2013 und Juli 2018 insgesamt 438 Hauptverhandlungstage. Damit gehört der NSU-Prozess neben dem Majdanek-Prozess und dem »Schmücker«-Verfahren zu den umfangreichsten Rechtsverfahren, die in der Bundesrepublik Deutschland bisher stattgefunden haben. Was bei Strafprozessen sonst üblich ist, sorgte in diesem Fall für Fassungslosigkeit: Über die 438 Verhandlungstage wurde kein stenographisches Sitzungsprotokoll geführt. Alle Prozessbeteiligten mussten ihre eigenen handschriftlichen Notizen anfertigen. Die Dokumentation des Prozesses für die Öffentlichkeit übernahmen Journalistinnen und Journalisten sowie antifaschistische Gruppen aus der Zivilgesellschaft. Annette Ramelsberger, Tanjev Schulz, Rainer Stadler und Wiebke Ramm, die für die *Süddeutsche Zeitung* berichteten, haben schon kurz nach dem Ende des Prozesses ihre Mitschriften in Form eines fünfbandigen »Protokolls« veröffentlicht, für das sie wichtige Medienpreise erhalten haben. Teile der Protokolle wurden im Laufe des Prozesses schon im *SZ-Magazin* publiziert und sogar von Schauspielerinnen und Schauspielern für längere Videos eingesprochen.

Vorab ist es wichtig, klarzustellen, an welches Publikum sich *Das Protokoll* richtet. Entgegen mancher Besprechung in der Presse handelt es sich bei den fünf Bänden nicht um ein umfassendes Protokoll aller Prozesstage. Das war auch nicht das Ziel der Autorinnen und Autoren. Sie schreiben in ihrer Einleitung: »Wegen der historischen Bedeutung des Prozesses war den Autoren von Anfang an bewusst, dass sich die Protokolle nicht nur ans Fachpublikum wenden, sondern auch interessierten Laien zugänglich sein sollten.« So werden stundenlang andauernde Sitzungstage zuweilen auf nicht mehr als eine Seite verkürzt. Diese Verdichtung schafft für ein breites Publikum einen Zugang zu der »gefriergetrockneten Welt« (S. XV) des Gerichtssaals, wie es in den Büchern heißt. Das ist durchaus eine nicht gering zu schätzende journalistische Leistung, weil sie das oft schwer nachvollziehbare Geschehen im NSU-Prozess verständlich aufbereitet. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Organisationen und Einzelpersonen, die daran interessiert sind, systematisch den Prozess auszuwerten, taugt *Das*

Protokoll aufgrund seiner Verdichtung aber nur bedingt. Es ist ein sehr gut aufbereitetes Nachschlagewerk und ermöglicht einen ersten Zugang, um zu verstehen, wie der Prozess grundsätzlich abgelaufen ist, welche Sitzungstage relevant sind und welche wichtigen Zeuginnen und Zeugen in München ausgesagt haben. Für eine systematische Analyse des NSU-Prozesses ist es jedoch wichtig, Vernehmungen in ihrem gesamten Kontext zu verstehen. Für diese Aufgabe sind die umfangreichen Protokollmitschriften der antifaschistischen Initiative »NSU Watch« hilfreicher, die bereits während des Prozesses frei zugänglich auf der Homepage www.nsu-watch.info veröffentlicht wurden. Der ebenfalls 2018 veröffentlichte Sammelband *Kein Schlusswort*, herausgegeben von der Nebenklageanwältin Antonia von der Behrens¹, ist eine beispiellose Dokumentation der Schlussplädoyers der Nebenklage, versehen mit zahlreichen Belegen, die für eine weitere Recherche nützlich sind.

Insgesamt sind die Protokolle der SZ-Journalistinnen und -Journalisten ein wichtiges Nachschlagewerk, das überdies hervorragend editiert wurde. Den vier großen Bänden, die den eigentlichen Prozess dokumentieren, wurde ein schmalere Materialienband beigelegt. Dort findet sich neben der Chronologie der NSU-Mordserie zugleich eine Übersicht über die wichtigsten Inhalte jedes Prozesstages. Ein umfangreiches Namens-, Sach- und Ortsregister hilft strukturiert bei der Suche nach spezifischen Sachverhalten und Aussagen in den mehr als 2.000 Seiten.

Besonders zu empfehlen sind die Zeugenaussagen der ersten zwei Prozessjahre, die Zeit, in der es die meisten Erkenntnisse aus dem Gerichtsverfahren gab. Bereits am achten Verhandlungstag berichtete zum Beispiel der Angeklagte Carsten Schultze von einem zuvor nicht bekannten Anschlag. »Ich bin an einem Punkt angekommen, wo ich reinen Tisch machen möchte« (S. 32), wird der Zeuge im Protokoll zitiert, bevor er über den sogenannten »Taschenlampen-Anschlag« in Nürnberg 1999 aussagte. Ebenso interessant sind die Schlussplädoyers: Die vor Rassismus und NS-Relativierung nur so triefenden Einlassungen der Nazi-Anwälte Olaf Klemke und Wolfgang Nahrath sind ein Zeugnis dafür, mit welcher ideologischen Festigkeit die extrem rechte Szene versuchte, den Prozess zuweilen auch als Bühne zu benutzen. Schließlich zeigt das vorgetragene Urteil von Richter Manfred Götzl, in dem der NSU entgegen den Erkenntnissen der Beweisaufnahme und im Sinne des Generalbundesanwalts auf eine kleine abgeschottete Zelle reduziert wird, vor allem eines: Die Aufarbeitung dieser beispiellosen Mordserie ist durch den Prozess noch lange nicht abgeschlossen.

Maximilian Pichl
Frankfurt am Main

¹ Antonia von der Behrens (Hrsg.), *Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Prozess*, Hamburg 2018.